

Sitzung Nr. 4 vom 06. April 2021

- Vorsitz** François Scheidegger, Stadtpräsident
- Anwesend** Remo Bill  
Alexander Kaufmann  
Angela Kummer  
Daniel Hafner  
Robert Gerber  
Konrad Schleiss  
Reto Gasser  
Ivo von Büren  
Richard Aschberger  
Marc Willemin  
Fabian Affolter  
Matthias Meier-Moreno  
Peter Brotschi  
Nicole Hirt
- Anwesend von Amtes wegen** Reto Kämpfer, Leiter SDOL  
Mike Brotschi, Projektleiter SF/KSF  
Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter  
Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt  
Aquil Briggen, Stadtbaumeister  
Luzia Meister, Stadtschreiberin  
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,  
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
- Dauer der Sitzung** 17:00 Uhr - 22:15 Uhr
- TRAKTANDEN** (2734 - 2753)
- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 2. Februar 2021
  - 2 2734 Spitex Grenchen: Restkostenfinanzierung bei ambulanter Pflege:  
- Umstellung auf Subjektfinanzierung  
- Leistungsvertrag ab 2022
  - 3 2735 Leistungsvereinbarung Spitex: Nachtragskredit 2020

- 4 2736 „Honorare für Leistungsaufträge mit Dritten“: Information
- 5 2737 Verein Region Grenchen Tourismus: Leistungsvereinbarung und Kreditfreigabe
- 6 2738 Projekt Optimierung familienergänzende Kinderbetreuung, Ampelentscheid:
  - Verselbständigung der städtischen KiTas
  - Neues Finanzierungsmodell (Betreuungsgutscheine)
- 7 2739 Schulordnung: Anpassungen (u.a. familienergänzende Kinderbetreuung, Organisatorisches und Formelles)
- 8 2740 Task Force Wohnen und Soziales: Statusbericht
- 9 2741 Sonderschulungen in Heimen und Institutionen: Kreditüberschreitung 2020
- 10 2742 Kreditüberschreitung 2020: Besoldungen
- 11 2743 Revision Ortsplanung: Antrag zur kantonalen Vorprüfung
- 12 2744 Zusatzkredit für die Ortsplanungsrevision
- 13 2745 Kreditbewilligung energetische Sanierung und Balkonerweiterung Hohlenstrasse 45, 45a und 45b
- 14 2746 Kommissionen und andere Gremien:
  - Überprüfungsergebnis
  - Schaffung einer ‚Arbeitsgruppe Sport‘
- 15 2747 Gemeindeordnung: Anpassungen (Wahlbüro und Beglaubigung)
- 16 2748 Leistungsvereinbarung mit der SWG
- 17 2749 Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2021: Antrag auf Durchführung einer kommunalen Volksabstimmung und Verschiebung der Rechnungsgemeinde
- 18 2750 Motion Remo Bill (SP): Einsetzung eines Informatikbeirats: Einreichung
- 19 2751 Motion Robert Gerber (FDP): Ein sauberes und sicheres Grenchen - jetzt! Einreichung
- 20 2752 Mitteilungen und Verschiedenes
- 21 2753 **VERTRAULICH**

Das Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 2. Februar 2021 wird genehmigt.

- 0 -

**Hinschied von Hermann Josef Brotschi, ehemaliger Chef Stadtpolizei Grenchen (20. Juni 1929 bis 4. April 2021)**

Stadtpräsident François Scheidegger informiert den Gemeinderat über den Hinschied von Hermann Josef Brotschi und spricht Gemeinderat Peter Brotschi und Mike Brotschi, Projektleiter KSF/SF, sowie den übrigen Familienangehörigen sein tief empfundenes Beileid aus. Die Stadt Grenchen wird dem lieben Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Gemeinderat erhebt sich im stillen Gedenken an Hermann Josef Brotschi zur Schweigeminute.

## **Spitex Grenchen: Restkostenfinanzierung bei ambulanter Pflege:**

### **- Umstellung auf Subjektfinanzierung**

### **- Leistungsvertrag ab 2022**

Vorlage: SDOL/22.03.2021

#### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Reto Kämpfer, Leiter SDOL, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

1.2 Renato Delfini, Präsident Verein Spitex Grenchen, bedankt sich dafür, dass das Geschäft jetzt traktandiert ist und behandelt werden kann. Die Spitex Grenchen ist extrem froh, wenn man zum Abschluss kommen kann. Man ist unter Druck, denn die Betriebsbewilligung würde sonst Mitte Jahr erlöschen, jetzt nicht Nägel mit Köpfen gemacht werden kann. Betreffend Kosten ist zu sagen, dass sich die Spitex Grenchen jahrlange als gemeindeeigene Spitex verstanden, jährlich auf Franken und Rappen exakt abgerechnet, immer alle Gelder zurückgeführt und die Defizitdeckungsgarantien gar nicht immer ausgeschöpft hat. Man war der Meinung, dass man nur das Nötige braucht und den Rest zurückgibt. Das hatte zur Folge, dass man keine Rückstellungen bilden und den eigenen Betrieb nicht finanzieren konnte. Mit der Umstellung auf die Subjektfinanzierung soll es möglich sein, erstens eine klare Kostenstruktur zu haben, die es erlaubt, die Kosten kantonal zu vergleichen, und zweitens den eigenen Betrieb zu finanzieren, obwohl die Spitex Grenchen nach wie vor eine Non-Profit-Spitex-Organisation bleiben wird.

#### 2 Eintreten

2.1 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, ist die Spitex eine nicht mehr wegzudenkende Organisation, welche wichtige Leistungen im Rahmen der ambulanten Pflege vornehmlich für die ältere Generation durchführt. Die aktuelle demografische Entwicklung mit dem Älterwerden und dem späteren Eintritt ins Altersheim sowie die früheren Entlassungen aus dem Spital nach Operationen zeigen eine klare Zunahme der ambulanten Behandlungen auf, welche auch in Zukunft nicht abnehmen werden. Dies alles ist mit Kosten verbunden, welche vom Bund und Kanton nicht mehr übernommen werden. Stattdessen schiebt man die Restkostenfinanzierung, die Weg- und MiGel-Kosten auf die Einwohnergemeinden ab, welche das Ganze zu bezahlen haben. Nun schreiben diese auch noch vor, dass bis 1. Januar 2022 ein Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung erfolgen muss. Dies bedeutet für die Einwohnergemeinden massive Mehrkosten, im konkreten Fall steigen diese im Vergleich mit 2018

um das Doppelte auf 1.4 Mio. Franken pro Jahr an. Dies ist eine sehr unschöne Entwicklung. Einziger Wermutstropfen dabei ist, dass sich durch den späteren Eintritt ins Altersheim die Beitragskosten der Einwohnergemeinde verringern lassen. Denn pro Tag und Bewohner bezahlt die Einwohnergemeinde je nach Pflegestufe zwischen CHF 23.70 und CHF 69.70\*. Positiv erachtet die CVP-Fraktion auch, dass die Spitex Grenchen im Kostenvergleich zu anderen Anbietern gut abschneidet. Da alle einmal alt werden und den Eintritt ins Altersheim möglichst lange hinauszögern möchten, ist man auf die Leistungen der Spitex angewiesen. Auch wenn dies ein Loch ins Budget reisst, ist man es der älteren Generation schuldig. Die CVP ist für Eintreten und wird dem Leistungsvertrag zustimmen.

*\*Pflege Altersheim Beitrag EG pro Tag CHF 23.70 (Pflegstufe 5-e), CHF 52.92 (Pflegstufe 8), CHF 69.70 (Pflegstufe 9-i).*

- 2.2 Seitens der SVP Fraktion, so Gemeinderat Richard Aschberger, muss er nicht mehr gross ausholen, es wurde alles in den letzten Wochen und Monaten bereits mehrfach ausführlich diskutiert. Dass die Umstellung auf die Subjektfinanzierung so gut wie immer teurer ist als die Objektfinanzierung, liegt in der Natur der Sache. Daher war es auch okay, dass man diese Umstellung bis zum allerletzten Termin verzögern konnte. Natürlich sind die hohen Kosten auch für die SVP-Fraktion sehr unschön aber die Spitex gehört wie auch die Blaulichtorganisationen zu Grenchen. Und ja, es kostet Geld, sehr viel Geld und es wird auch in den kommenden Jahren nicht günstiger. Alleine die Bevölkerungsstruktur und die demographische Entwicklung geben den Takt vor, dazu hilft die Corona-Problematik natürlich auch nicht, wie man an den Zahlen entnehmen kann. Die SVP ist mit der Vorlage einverstanden und wird ihr einstimmig zustimmen. Etwas anderes ist eigentlich auch gar nicht möglich, sonst riskiert man die Betriebsbewilligung und dann wäre ganz einfach und blitzartig Schluss, weil das Abrechnen mit Krankenkassen etc. nicht mehr gehen würde. Auch mit der pauschalen Abgeltung für die freiwilligen Leistungen kann die SVP ebenfalls leben, klar im Bewusstsein, dass es so der Spitex unmöglich ist, jegliche Schwankungsreserven aufbauen zu können, also muss man halt wie schon die letzten Jahre für jedes etwas grössere Projekt in den Gemeinderat kommen, aber so ist das nun mal gewünscht. Noch aus Transparenzgründen und wer es nicht mitbekommen hat: Er ist bei der Spitex im Vorstand dabei, aber nicht als Stadtvertreter, sondern er wurde damals direkt angefragt und engagiert sich dort.

- 2.3 Vize-Stadtpräsident Remo Bill stellt folgende zwei Fragen:

- Sind die Dienstleistungen der Spitex systemrelevant?
- Ist die Kostenexplosion der Spitex einfach so hinzunehmen?

Die Menschen werden immer älter und beanspruchen Pflegeleistungen. Zudem nimmt das Beanspruchen von ambulanter Pflege im gewohnten Umfeld zu. Der Verein Spitex Grenchen ist eine sogenannte grundversorgende Spitex-Organisation. Die Dienstleistung der ambulanten Pflege ist systemrelevant, das zeigt einem das Corona-Jahr auf. Um der Kostenexplosion entgegen zu wirken, wird die Stadt Grenchen die freiwilligen Leistungen der Spitex (Hauswirtschaft, Mahlzeitendienst und Ausbildung) pauschal mit CHF 50 000.00/Jahr unterstützen. Die SP-Fraktion stimmt der Umstellung auf Subjektfinanzierung sowie dem neuen Leistungsvertrag für Spitexleistungen 2022ff zwischen der Stadt Grenchen und dem Verein Spitex zu. Die Dienstleistungen der Spitex sind unverzichtbar für die Gesellschaft.

2.4 Gemeinderat Robert Gerber nimmt vorweg, dass sich die FDP-Fraktion der Bedeutung der Spitex-Organisation und deren Wirken für die Bevölkerung der Stadt Grenchen bewusst ist und dies auch schätzt. Im Januar 2020 wurde der Gemeinderat vom damaligen Präsidenten der Spitex in spe, Renato Delfini, über die neusten Entwicklungen im Bereich Spitex in Kenntnis gesetzt. Man sprach auch erstmals von einem neuen Vertrag bzw. vom Abschluss einer sogenannten Leistungsvereinbarung.

Ihm ist ein Satz aus dem Votum des designierten Präsidenten in Erinnerung geblieben: *„Man hat Kostenentwicklungen, die ein grosses Thema sind, wo man intensiv schaut, wie man diese im Griff behalten kann.“* Warum ist ihm dieser Satz so wichtig oder warum ist er ihm jetzt wieder in den Sinn gekommen? Weil der Gemeinderat in den letzten drei Monaten drei Mal an einem Samstagvormittag hier in diesem Saal teilweise bitter gefroren hat resp. nach Möglichkeiten für Kostensenkungen suchte, um das strukturelle Defizit um einige Millionen Franken senken zu können. Die Groteske hätte kaum grösser sein können. Als er am Samstag vor einer Woche von diesem Kostensenkungs-Workshop nach Hause kam, lagen die GR-Unterlagen im Briefkasten. Eine erste Durchsicht ergab, dass heute hier über Mehrausgaben in Millionenhöhe beraten und beschlossen werden soll, mehrheitlich handelt es sich um wiederkehrende Beträge. Da bittet er um Verständnis, wenn er da nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann und will.

Heute behandelt der Gemeinderat nun diese neue Leistungsvereinbarung, die viel Neues beinhaltet und vor allem sehr viel mehr kostet. Dem Normalbürger und der Normalbürgerin sowie dem Gemeinderat und der Gemeinderätin hat sich eigentlich eine Zahl eingebrannt in den letzten Jahren: 700'000 Franken. Das war die Summe, über die man sprach, wenn es um die Spitex ging. Ihm ist selbstverständlich nicht entgangen, dass da auch noch das unsägliche Thema Restkostenfinanzierung und weitere „Kleinigkeiten“ die Runde machten und geregelt werden müssen. Dass die Stadt Grenchen aber ab dem laufenden Jahr bereits 1.2 Mio. und ab 2022 dann schon 1.4 Mio. Franken aufwenden soll, dass ist in der Tat erklärungsbedürftig und schwer verdaulich. Er ist versucht zu sagen, dass dies Realpolitik nach solothurnischem Muster ist. „Den Letzten beißen die Hunde“ trifft da wohl am besten zu. Man ist wieder einmal an einem Punkt, wo einem kaum etwas anderes übrigbleibt, als Ja und Amen zu etwas zu sagen, das einem zutiefst widerstrebt, wenn man nicht Kollateralschäden in Kauf nehmen will. Die FDP-Fraktion hat nach langer und intensiver Beratung beschlossen, der Leistungsvereinbarung zähneknirschend und selbstverständlich ohne Begeisterung zuzustimmen. Sie hat aber noch einige Fragen, die sie gerne beantwortet hätte.

1. Wie kam oder kommt es zu dieser Kostenexplosion und was gedenken die Verantwortlichen bei der Spitex und in der Stadtverwaltung zu unternehmen, dass diese Entwicklung gestoppt und in vernünftige Bahnen gelenkt werden kann? Er erwartet als Antwort nicht irgendwelche Worthülsen, sondern Lösungsansätze.
2. Es fällt auf, dass in den Papieren von Höchsttarifen die Rede ist. Warum werden im Vertrag Höchsttarife festgelegt? Ist Grenchen tatsächlich so ein teures Pflaster? Er weiss, dass in der Antwort von einem Medianwert die Rede sein wird. Aber nichtsdestotrotz, im Vertrag ist von Höchsttaxen die Rede.
3. Warum müssen bei dieser Art von Vertrag Reservebildungen vorgenommen werden?

- 2.5 Gemeinderätin Nicole Hirt meint, dass alle im Rat älter werden. Die Menschen werden insgesamt immer älter. Im Kanton gilt der Leitsatz „ambulant vor stationär“. Grundsätzlich ist das ein guter Ansatz. Es sollen alle Möglichkeiten der ambulanten Versorgung ausgeschöpft werden, bevor die Leute in einer stationären Einrichtung aufgenommen werden. Das hat aber finanzielle Folgen auf Gemeindeebene. Man kann nicht weiter nach unten delegieren. Robert Gerber hat bereits erwähnt, dass den Letzten die Hunde beißen. Sie hat noch eine Korrektur: Robert Gerber hat von 1.4 Mio. Franken gesprochen. Sie hat sich sagen lassen, dass sich in der Tabelle „2022 Schätzung“ ein Fehler eingeschlichen hat. Die CHF 90'000.00 „Übriger Betriebsaufwand“ fallen weg. Dann sind es nur noch 1.3 Mio. Franken. Es ist teuer, es wird noch teurer - das ist sicher unschön. Der Gemeinderat hat drei Spar-Workshops hinter sich, aber man ist es der Bevölkerung schuldig, dass alle unterstützt werden, die Pflegebedürfnisse haben. Man möchte dies dereinst sicher auch haben. Die glp wird dem Antrag zustimmen.
- 2.6 Laut Renato Delfini müssen nicht Reserven gebildet werden, sondern der Betrieb der Spitex muss finanziert werden können. Es musste in die Informatik investiert werden, Man hat Massnahmen, Fahrzeuge etc. Das muss man aus dem eigenen Sack finanzieren können. Als man digitalisiert hat, musste man bei der Stadt anfragen und einen grossen Kredit verlangen, weil man keinen einzigen Franken für diese Massnahme hatte. Den Letzten beißen die Hunde, hat Robert Gerber vorhin gesagt. Es geht der Spitex genau gleich. Die Spitäler wollten wegen Corona ihre Plätze frei räumen. Alle, die entlassen werden konnten, wurden heimgeschickt. Die Alters- und Pflegeheime wollten bewusst keine Patienten aufnehmen, weil sie keine neuen Gefährdungen hineinbringen wollten. So musste sie dann die Spitex übernehmen. Man hat einen demografischen Anstieg von älteren Menschen. Grenchen ist immerhin die zweitgrösste Stadt im Kanton mit 18'000 Einwohnern. Wenn man allein mit einer Steigerung von 1 % rechnet, sind das 180 Klienten mehr. Dann muss man auch immer wieder die richtigen Leute mit den richtigen Skills zur Verfügung haben, da nur das eine hochwertige Betreuung sicherstellt. Dann gab es noch Faktoren, die der Spitex fremdbestimmt auferlegt wurden. Hier kann die Gemeinde nichts dafür und die Spitex leidet auch darunter, dass die Gemeinschaft das tragen muss. Er denkt dabei an die unselige Auseinandersetzung wegen der Kürzung der Krankenversicherungsbeiträge von 3.6 %, der Wegpauschale und der Mittel- und Gegenstände-Liste (MiGeL). Das sind Sachen, welche die Spitex vorfinanzieren musste, weil man sie brauchte, und die sie an die Liquiditätsgrenze gebracht haben. Sie hat überhaupt keine Schwankungsreserven. Es ist der Spitex ein grosses Anliegen, dass man das etwas transparenter sieht. Das wird jetzt in den Medianwert eingerechnet. Man hat von 2017 bis 2019 flächendeckend bei allen Spitex-Organisationen die Kostenrechnungen hervorgeholt und den Mittelweg berechnet. Der tiefste und höchste Wert ist weggefallen, das gab den Medianwert. Dass man jetzt von einem Höchstarif redet, ist eine Zumutung. Die Spitex konnte gegenüber der Stadtverwaltung ihre Kostenrechnungen offen legen und genau aufzeigen, wo sie steht. Sie ist nie über dem Medianwert. Das ist eine Realität. Sparen könnte die Spitex allenfalls im Bereich der Mietzinskosten, sonst bleibt nur noch das Personal. Sie hat jetzt schon Schwierigkeiten gegenüber dem Personal in den Spitälern und den Alters- und Pflegeheimen. Sie muss schauen, dass sie in etwa auf gleichem Lohnniveau gleiche Skills bezahlt, damit sie die Leistungen erbringen kann. Als Beispiel, was die Spitex gegen die Kostenexplosion macht, nennt Renato Delfini die Mittel- und Gegenstände-Liste (MiGeL). Die Spitex schaut hier sehr eng mit dem Alters- und Pflegeheim zusammen, wo man Synergien nutzen kann. Im Bereich Mahlzeitendienst wird das sehr erfolgreich umgesetzt.

Im ganzen MiGeL-Umfeld verrechnet die Spitex Grenchen nicht wie andere Organisationen das ganze Paket, sondern nur Einzelstücke. Das kommt für die Restfinanzierung deutlich günstiger. Man spricht am Beispiel von Grenchen von einer Einsparung von gegen CHF 180'000.00. Auf der anderen Seite hat die Spitex einen grösseren Aufwand, weil man die Sachen einzelsprungweise herausnehmen, abzählen und einzeln abrechnen muss. Das sind gelebte Sparbeispiele aus dem Alltag.

2.7 Gemäss Robert Gerber wurden seine Fragen beantwortet, aber befriedigt ist er nicht. Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4 Beschluss

4.1 Der Leistungsvertrag mit dem Verein Spitex Grenchen, geltend ab 01.01.2022 wird genehmigt.

Mitteilung an: Spitex Grenchen, Girardstrasse 17, 2540 Grenchen

**Vollzug:** SDOL / FV

SDOL

FV

Vize-Stadtpräsident Remo Bill, Vertreter Stadt im Vorstand Verein Spitex Grenchen  
Bertha Heiri, Vertreterin Stadt im Vorstand Verein Spitex Grenchen

4.1.1.1 / acs



## **Leistungsvereinbarung Spitex: Nachtragskredit 2020**

Vorlage: SDOIL/08.03.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Reto Kämpfer, Leiter SDOL, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2 Laut Renato Delfini, Präsident Verein Spitex Grenchen, waren es nicht nur Personal-, sondern auch Materialmehraufwendungen, die zum Schutze der Klienten und der eigenen Leuten in dieser schwierigen Situation notwendig waren.

### 2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber nimmt die FDP-Fraktion zur Kenntnis, dass die Spitex-Organisation coronabedingt einen finanziellen Engpass verzeichnen muss und eine Viertelmillion Franken benötigt, um die Liquidität zu bewahren,. Das ist nachvollziehbar. Die Vorlage wirft allerdings noch gewisse Fragen auf. In Ziff. 1.2 ist die Rede von Bemühungen auf Bundes- und der Kantonsebene zur Klärung, wer im Endeffekt für die coronabedingten Mehrkosten aufkommen muss. Da kam bei der FDP die Frage auf, ob seitens der Spitex-Organisation ein entsprechendes Gesuch an den Kanton oder den Bund gestellt wurde. Die zweite Frage ist, ob, sollten Bund oder Kanton tatsächlich für diese Mehrkosten aufkommen, die Stadt die vorgeschossene Summe wieder zurückerhält. Die FDP stimmt dem Nachtragskredit zu. Er möchte aber die Fragen noch beantwortet haben.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Es ist, so Renato Delfini, wieder die Geschichte mit dem Letzten, den die Hunde beiessen. Es ist die Spitex Schweiz, die auf Bundesebene die entsprechenden Eingaben eingereicht hat, und es sind die beiden Kammern, die es hin- und herschieben und nicht zum Abschluss kommen. Beim Kanton verhält es sich genau gleich. Auch der kantonale Spitex-Verband wurde bei seinen Anfragen gegenüber dem Kanton darauf vertröstet, dass es auf Bundesebene geregelt werden muss. Es ist ein Pingpong, das zu Ungunsten der Betroffenen läuft.
- 3.1.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger machen gewisse Leute auf Stufe Bund und Kanton ihre Hausaufgaben nicht.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Zu Lasten Konto Nr. 4210.3636.60 „Beitrag an Spitex-Verein Grenchen“ wird ein Nachtragskredit von CHF 273'220.00 für das Rechnungsjahr 2020 bewilligt.

Mitteilung an: Spitex Grenchen, Girardstrasse 17, 2540 Grenchen

**Vollzug:** SDOL / FV

SDOL

FV

Vize-Stadtpräsident Remo Bill, Vertreter Stadt im Vorstand Verein Spitex Grenchen  
Bertha Heiri, Vertreterin Stadt im Vorstand Verein Spitex Grenchen

4.1.1.1 / acs

**„Honorare für Leistungsaufträge mit Dritten“: Information**

Vorlage: SDOL/18.03.2021

**1 Orientierung**

- 1.1 Reto Kämpfer, Leiter SDOL, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger muss man etwas investieren, damit etwas zurückkommt.
- 1.3 Von der Orientierung wird Kenntnis genommen.

SDOL  
FV

5.6.4 / acs

## **Verein Region Grenchen Tourismus: Leistungsvereinbarung und Kreditfreigabe**

Vorlage: KSF/26.03.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Christoph Siegrist, Präsident Verein Region Grenchen Tourismus fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen (s. Beilage).
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger dankt Christoph Siegrist und Grenchen Tourismus für das grosse Engagement.

### 2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderätin Angela Kummer ausführt, sieht die SP-Fraktion in der Schaffung einer eigenständigen Geschäftsstelle für den Verein Grenchen Tourismus eine grosse Chance und viele Vorteile. Die vorliegende Leistungsvereinbarung regelt im Detail die verschiedenen Aufgaben und Projekte in Abgrenzung zur städtischen Standortförderung. Insbesondere sieht sie Potenzial bei der Übernahme des Veranstaltungskalenders und erwartet eine bessere Zusammenarbeit mit den Kultur- und Sportinstitutionen und -vereinen. Sinnvoll scheint ihr auch die Übernahme der „Jurasonnenseite“. Das ist ein erster Schritt für eine echte „Region Grenchen Tourismus“. Mit dem Einbezug des städtischen Mitarbeiters im Vorstand von Grenchen Tourismus ist der direkte Austausch gegeben, denn es ist klar, dass es allenfalls neue Aufgaben geben wird, welche wieder abgesprochen werden müssen. Die SP ist nun gespannt, wie die Geschäftsstelle anläuft und freut sich, dass bald noch viel mehr und konkrete Ideen für die touristische Vermarktung der schönen Region Grenchen umgesetzt werden können. Nichtsdestotrotz wird das grosse ehrenamtliche Engagement der Mitglieder von Grenchen Tourismus weiterlaufen, wofür sie herzlich dankt.
- 2.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno dankt Christoph Siegrist für das Aufzeigen und das Erläutern der Visionen von Grenchen Tourismus. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Leistungsvereinbarung sowie der Kreditfreigabe zustimmen. Sie ist gespannt, was sich in den kommenden vier Jahren alles entwickeln lässt und unterstützt die neuen Ausrichtung Grenchens als Eventstadt. Wichtig ist noch zu sagen, dass es neben dem Grenchenberg viele andere Dinge gibt, die vermarktet werden können und sollen.
- 2.3 Laut Gemeinderat Reto Gasser hat Grenchen Potenzial. Wie man vorhin von Christoph Siegrist gehört hat, soll sich Grenchen vermarkten lassen. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass sich Grenchen gut vermarkten lässt, und dankt Grenchen Tourismus und dem Vorstand, welche in all den Jahren hervorragende ehrenamtliche Arbeit geleistet

haben unter der Ägide von Christoph Siegrist und vorher von Adriano Lombardo. Dank Grenchen Tourismus konnte man Grenchen als feste Grösse etablieren, so z.B. die Schneesuh-Tour auf dem Grenchenberg, die Mountainbike-Route und vieles andere. Jetzt hat man von Christoph Siegrist gehört, dass es noch weitere Themen gäbe, die aufgerollt werden könnten. Hier ist die FDP sicher gespannt. Mit den neuen Aufgaben und der besseren Vermarktung ist auch die Professionalisierung der ganzen Organisation nötig. Es ist daher nachvollziehbar, dass Grenchen Tourismus jetzt einen Geschäftsführer beantragt resp. die Kosten, die das generiert, gerne bezahlt haben möchte. Die FDP ist für schlanke Verwaltungsstrukturen und so ist natürlich die Auslagerung von Aufgaben, die nicht Kernaufgaben einer Gemeinde und zwingend nach Gemeindegesetz vorgeschrieben sind, sehr begrüssenswert. Alles im Leistungsbe- reich Wohnen und Freizeit, Kultur und Anlässe bietet die Möglichkeit, dort Aufgaben auszulagern. Die Idee resp. die Stossrichtung ist sehr gut. Es ist erfreulich, dass man das jetzt macht. Mit der vorliegenden Leistungsvereinbarung wird die Auslagerung vertraglich mit dem neuen Leistungsträger geregelt. Sie ist gut durchdacht. Es gibt praktisch keine offenen Fragen mehr. Gewisse zentrale Aufgaben bleiben bei der Stadt, was auch sinnvoll ist. Mit der Leistungsvereinbarung soll der Verein bekanntlich mit CHF 125'000.00 ausgestattet werden. Der Kredit ist schon im Budget 2021 drin und stellt eine stattliche Summe dar. Man ist im Moment in einem Sparprogramm drin. Die vorliegenden CHF 125'000.00 wurden aber bereits genehmigt und müssen noch freigegeben werden. Das Leistungspaket soll dem Gemeinderat das auch wert sein. Der einzige Wermutstropfen, den es hier zu erwähnen gibt, ist, dass man der Vorlage nicht entnehmen kann, inwiefern jetzt in der Kernverwaltung der Stadt Kosten gespart werden können. Wenn man etwas auslagert und Geld dafür aufwendet, sollte es bei der Kernverwaltung auch Einsparungen geben. Das Einzige was er lesen kann, ist, dass es Einsparungen von CHF 35'000.00 durch den Wegfall des Mandats von Karin Hei- mann gibt. Es besteht aber immer noch eine Differenz von CHF 90'000.00. Was ist hier noch drin (Aufwendungen für Aufgaben die ausgelagert werden)? Es gibt Scharnier- funktionen. Gewisse Personen aus der Kernverwaltung sollen noch zudienen. Die FDP wäre froh, wenn man ihr diese Punkte heute Abend noch erklären würde. Sie ist für Eintreten und wird der Leistungsvereinbarung zustimmen, wenn die Fragen richtig be- antwortet werden.

- 2.4 Laut Gemeinderätin Nicole Hirt dankt auch die glp Christoph Siegrist und seinem Team für die Arbeit, die sie seit Jahren für Grenchen leisten. Sie möchte die Euphorie jetzt nicht mit den folgenden Worten schmälern: Wenn sie Tourismus hört, kommt ihr sanft und nachhaltig in den Sinn. Das fehlt ihr jetzt hier drin. Man möchte nicht eine riesige Sache auf dem Grenchenberg oder in der Witi, sondern es geht darum, so wie es in der Leistungsvereinbarung steht, dass man Wohnortmarketing betreibt und dort mehr den Schwerpunkt setzt. Denn Tourismus hat immer eine positive und negative Seite. Es wäre gut gewesen, wenn man in der Vorlage gesehen hätte, wer was bis jetzt gemacht hat und was zukünftig verändert wird. Was zukünftig gemacht wird, sieht man in dem Papier, aber wie die Aufgaben vorher aufgeteilt waren, ist nicht ersichtlich. Sie würde wie ihr Vorredner interessieren, was am Schluss herauschaut und was gespart werden könnte. Die glp wird der Leistungsvereinbarung zustimmen, schaut der Ent- wicklung gespannt entgegen und freut sich, was hier noch alles kommt.
- 2.5 Gemeinderat Fabian Affolter dankt namens der SVP-Fraktion dem Verein Grenchen Tourismus für die ehrenamtlichen Leistungen, die in den letzten Jahren verrichtet wur- den und sicher nicht immer einfach waren. Sie sieht in der Leistungsvereinbarung keine Probleme und kann sie unterstützen.

In der SVP sind die gleichen Fragen wie in den anderen Fraktionen aufgetaucht. In der Verwaltung hat bisher hauptsächlich Mike Brotschi, Projektleiter SF, relativ viele Sachen gemacht, die mit der Leistungsvereinbarung weitergegeben werden. Was macht die Person jetzt bzw. kann man aus städtischer Sicht irgendetwas sparen? Für sie ist das ziemlich entscheidend. Der Gemeinderat ist jetzt drei Samstage zusammengesessen und hat versucht zu sparen. Aus Sicht der SVP ist mit dem sogenannten Outsourcing ein gewisses Sparpotenzial vorhanden. In der Fraktion ist noch folgende Frage aufgetaucht: Es gibt jemand in der Stadt, der für die Kommunikation verantwortlich ist. Man bekommt aber auch Mails von jemand anderem in Corona-Sachen. Er weiss, dass das nicht ganz zum Thema gehört, aber es ist eine Frage, die der SVP auf den Nägeln brennt, weil es sie speziell dünkt.

- 2.6 Für François Scheidegger ist klar, dass es mehr kostet. Man baut hier etwas Neues auf.
- 2.7 Finanzverwalter David Baumgartner führt betreffend Mehrkosten aus, dass die Leistungsvereinbarung ganz klar eine Investition in die Zukunft ist. Was eingespart wird, steht in der Vorlage. Es sind die Kosten von CHF 35'000.00 für das externe Honorar, auf der andere Seite gibt es keine weiteren effektiven Einsparungen, z.B. die Agenda im Stadtanzeiger kostet ihr Geld, auch wenn sie outgesourct wird.
- 2.8 Reto Gasser bemerkt, dass die Frage diplomatisch umschifft und das Kind nicht beim Namen genannt wurde. Man hat Kosten von CHF 90'000.00. Ob es einen Return of Invest gibt, lässt sich schwer bemessen. Die FDP hofft, dass es ihn gibt. Trotz Nicht-Beantwortung der Frage wird die FDP-Fraktion der Leistungsvereinbarung zustimmen und wünscht Christoph Siegrist und seinem Team alles Gute und ist überzeugt, dass er das souverän und professionell aufbaut.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Nicole Hirt hätte gerne von Christoph Siegrist noch ein paar Worte zu ihrer Frage betreffend sanften und nachhaltigen Tourismus gehört.
- 3.1.1 Christoph Siegrist kann es nicht genau an einzelnen Anlässen ausführen, wo man nachhaltig und sanft ist. Im Sinne des Zeitgeists und im Sinne, wie man die schöne Region von der Aare bis zum Berg inkl. Stadt vermarkten will, wird man sicher ein Auge darauf halten, dass das Thema Nachhaltigkeit in allen Veranstaltungen, die man unterstützt, in allen Projekten, die vorangetrieben werden, seinen berechtigten Platz erhalten und auch beachtet werden wird.
- 3.2 Konrad Schleiss bittet betreffend Anhang A, dass man die Begriffe Entscheidungs- und Durchführungsverantwortung kurz erklären könnte.
- 3.2.1 Laut Christoph Siegrist schmeckt die ganze Leistungsvereinbarung ein wenig nach Mikromanagement. Es ist immer eine Gratwanderung, ob man es allgemein halten oder ins Detail gehen will. Man hat sich jetzt hier eher für das Zweite entschieden. In der Leistungsvereinbarung steht, dass man in der ersten Periode von vier Jahren durchaus noch ein Feintuning will und machen muss (z.B. wer entscheidet bei welcher Veranstaltung, ob sie nach Grenchen geholt und unterstützt werden soll? Wer hat dann die Verantwortung?)

Es wird in der Tabelle sicher noch entsprechend weitere Bearbeitungen geben. Das ist auch der Grund, weshalb man es in den Anhang genommen hat, damit man es pflegt und bei einer künftigen weiterführenden Leistungsvereinbarung präzisiert. Gegenwärtig ist noch nicht alles auf Punkt und Komma genau ausgearbeitet.

- 3.2.2 François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass es etliche Anlässe gibt (Rock am Märetplatz, Triennale, Zauberkongress, Uhrencup, Schweizer Krimifestival etc.), wo nicht die Stadt entscheidet, ob diese durchgeführt werden oder nicht. Die Stadt entscheidet lediglich, ob es einen finanziellen Beitrag gibt und ob man allenfalls mitarbeitet. Die Idee wäre, dass, wenn es dann stattfinden würde, Grenchen Tourismus versuchen würde, es entsprechend zu vermarkten oder mit zu vermarkten. So ist es wahrscheinlich gemeint.
- 3.2.3 Christoph Siegrist erwidert, dass das absolut richtig ist, und ergänzt, dass Mike Brotschi im Vorstand von Grenchen Tourismus das direkte Bindeglied zur Stadt ist. Das funktioniert auch sehr gut. Im Normalfall ist es nicht ein Entscheid der Stadt oder von Grenchen Tourismus, sondern einer, den man gemeinsam diskutiert und trifft.
- 3.3 Zuhanden Protokoll nimmt die Standortförderung zur Frage von Reto Gasser betreffend Mehraufwand wie folgt Stellung:

Neu			Alt (fällt weg)		
Beitrag an 50 % Pensum	CHF	60'000.00	Mandat Karin Heimann	CHF	35'000.00
Vergütung Vorstand	CHF	5'000.00	Aktivitäten + Projekte SF	CHF	40'000.00
Vergütung Infostelle	CHF	8'000.00	Beitrag bisher RGT	CHF	31'500.00
Beitrag Aktivitäten	CHF	40'000.00			
Übernachtungstaxen	CHF	12'000.00 *			
Total Budget 2021 RGT	CHF	125'000.00	Total Wegfall	CHF	106'500.00
<b>Differenz</b>				<b>CHF</b>	<b>18'500.00</b>

\* Variabel

Es ergeht einstimmig folgender

#### 4 Beschluss

- 4.1 Die Leistungsvereinbarung mit Region Grenchen Tourismus wird genehmigt.

Mitteilung an: Verein Region Grenchen Tourismus, Postfach 1137, 2540 Grenchen

**Vollzug:** KZL

**Beilage:** RGT/06.04.2021: Präsentation

SF  
KSF  
FV

8.4.8 / acs

## **Projekt Optimierung familienergänzende Kinderbetreuung, Ampelentscheid:**

### **- Verselbständigung der städtischen KiTas**

### **- Neues Finanzierungsmodell (Betreuungsgutscheine)**

Vorlage: SL/SV / 23.03.2021

#### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Kurt Boner, Projektleiter, und Dr. Andreas Näf, improve consulting ag, erläutern anhand einer Präsentation die Projektergebnisse sowie die Planung der Umsetzung und geben ergänzende Erläuterungen (s. Beilage).

#### 2 Eintreten

- 2.1 Als Vertreterin des Gemeinderats in der Arbeitsgruppe für dieses Projekt, so Gemeinderätin Angela Kummer, möchte sie betonen, wie offen und konstruktiv die Arbeit unter der kundigen Leitung von Kurt Boner und Andreas Näf ablief. Es wurden die verschiedenen politischen Forderungen und die Elternumfrage in die Überlegungen einbezogen. Der Einbezug in Form von Workshops mit Vertreterinnen der drei bisherigen Kitas, der neu gegründeten Seniokita im Sunnepark sowie des Tageselternvereins war der ganzen Arbeitsgruppe sehr wichtig. Diese Gruppen hatten zwei Mal die Möglichkeit, ihre Sichtweisen einzubringen. Dabei kamen verschiedene Verbesserungsvorschläge zur Diskussion, welche bei einer neuen Organisationsform viel einfacher oder überhaupt erst umgesetzt werden können. Gewünscht werden flexiblere Angebote, sei es in Bezug auf Öffnungszeiten und der konkreten Ausrichtung (z. B. Waldkita, Generationenkita), sei es bei der Finanzierung der konkreten Angebote. Konkret wird gewünscht, dass auch Tagesfamilien mitfinanziert werden, wie dies in vielen anderen Städten schon der Fall ist. So erhalten Eltern eine deutlich höhere Wahlfreiheit für das für ihre Familienbedürfnisse am besten geeignete Angebot. Die SP-Fraktion kann hinter dem Ampelentscheid für eine Verselbständigung der städtischen Kitas stehen und spricht sich auch grundsätzlich für ein neues Finanzierungsmodell hin zu den Betreuungsgutscheinen aus. Für sie sind qualitativ gute, bedarfsgerechte sowie genügend Kindertagesstättenplätze nicht nur wichtig für die ganze Bevölkerung Grenchens, sondern auch ein wichtiger Standortvorteil, wenn man weitere Familien die tolle Stadt Grenchen nicht nur als Arbeitsort, sondern vor allem auch als Wohnort „schmackhaft“ machen will. Die SP ist überzeugt, mit diesem Systemwechsel den Weg in Grenchen für moderne Kinderbetreuungsangebote frei zu machen, welche den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden müssen (Stichworte: Frühförderung und soziale Integration). Sie ist aber auch überzeugt, dass somit viele Frauen mit ausreichenden, bezahlbaren und qualitativ guten Kinderbetreuungsangeboten dazu ermutigt werden, auch während



der ersten Kinderjahre arbeitstätig zu bleiben, was für sie selbst, für die Gesellschaft, aber auch für die Wirtschaft von Vorteil ist. Als nächstes kommt noch einiges an Arbeit auf die Stadt zu. Bei der künftigen Trägerschaft wünscht sich die SP-Fraktion eine schon etablierte, bestenfalls gemeinnützige Trägerschaft, welche Vertrauen - gerade auch für das Personal - schafft. Bei der Ausgestaltung der konkreten Betreuungsgutscheine sind diverse Steuerungen möglich. Da wird es noch viel zu diskutieren geben. Die SP geht davon aus, dass man mit der finanziellen Zielvorgabe für mehr Kinder ein bedarfsgerechteres Angebot schaffen kann. Es kommt zwar für die Gemeinde nicht günstiger, jedoch profitieren mehr Familien überhaupt von Kitaplätzen und können einer Arbeit nachgehen. Bei der konkreten Ausgestaltung der Betreuungsgutscheine muss aber unbedingt ein Sozialtarif beibehalten werden. Betreffend Betreuungsqualität hat die SP hingegen keine Bedenken. Die Qualität der Kitas wird vom Kanton gesteuert und kontrolliert. Seitens Arbeitsbedingungen hat sich der Markt auch gewandelt. Gut ausgebildetes Personal wird zunehmend rarer und hat seinen Preis. Hingegen muss man in Zukunft bei der Finanzierung neue Wege finden, unter anderem auch wie sich die Arbeitgeber in geeigneter Form beteiligen.

- 2.2 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno möchte sich die CVP-Fraktion bei der Projektgruppe unter der Leitung von Kurt Boner, für die geleistete Arbeit bedanken. Nach 12 Jahren und verschiedenen politischen Anläufen ist es nun soweit, einen Ampelentscheid in Sachen Verselbständigung der Kitas zu fällen. Dank der aktiven Zusammenarbeit mit allen Kitas und der Industrie sowie dem Gewerbe konnten gemeinsame Lösungen und Stossrichtungen erarbeitet werden. Die CVP ist fest davon überzeugt, dass zu einer familienfreundlichen Stadt in genügendem Masse Kita-Plätze vorhanden sein müssen und eine sozial abgestimmte Subjektfinanzierung mittels Betreuungsgutscheinen bestehen muss, von welchem auch der Mittelstand profitieren kann. Dies wiederum ermöglicht es Alleinerziehenden und auch beiden Elternteilen, einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, was finanzielle Unabhängigkeit bedeutet und zugleich Steuersubstrat generiert. Arbeitgebern gibt es die Möglichkeit, den Mitarbeitern, welche ihre Kinder in der Kita betreuen lassen, diese mit einem monatlichen Beitrag zu unterstützen. Es ist zu hoffen, dass von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht wird. Betreffend Finanzierung geht die Arbeitsgruppe wie auch der Finanzverwalter von einem Nullsummenspiel aus. Dies bedeutet, dass man wie bisher jährlich 1.16 Mio. Franken investieren wird, jedoch nicht als Beitrag an die Kitas, sondern in Form von Betreuungsgutscheinen an die Eltern. Dieses neue Angebot ist eine Investition in die Standortattraktivität, welche sich langfristig ausbezahlt machen wird. Die CVP ist für Eintreten und wird dem Modell 2 zustimmen. Eines jedoch erscheint ihr sehr wichtig: Der Trägerverein, welcher die Kitas unter einem Dach zusammenfasst, muss zwingend auf Platz Grenchen gefunden werden. Vorteilhaft ist, wenn dieser bereits mit Kindern arbeitet und sich mit Lohnadministration und Personalwesen auskennt. Wenn er hier laut denken darf, kommt ihm das Bachtelen in den Sinn, welches diverse Synergien wie die Früherkennung aufweist. Eventuell gäbe es dadurch sogar die Chance, neben den Kitas auch eine Kita+ zu führen, bei welchen sprachlich, sozial und emotional beeinträchtigte Kinder einen Platz hätten. Wie gesagt, dies ist nur laut gedacht, hätte aber sicher Potential.
- 2.3 Gemeinderat Konrad Schleiss führt aus, dass seine Kinder die verschiedenen Phasen der familienexternen Betreuung in der Stadt Grenchen durchlaufen haben, nicht weil seine Frau und er arm waren und ihre Kinder in die Kita schicken mussten. Da beide beschlossen haben, in der Arbeitswelt zu bleiben und je vier Tage extern zu arbeiten, brauchten sie drei Tage Kinderbetreuung.

Man hat in den städtischen Kitas angefangen und gestaunt, wie sie organisiert sind. Die Mitarbeitenden der Kita sind Angestellte der Schuldirektion mit eigenen Regeln der Schule. An einem Vorfeiertag wurde schon um 16.00 Uhr geschlossen. Das war immer schwierig, wenn man irgendwo interkantonal unterwegs war und sagen musste, dass man um 16.00 Uhr in Grenchen sein musste, da ein Zu-Spät-Kommen sonst für rote Köpfe sorgen würde. Er hat damals schon festgestellt, dass Eltern nicht als Kunden wahrgenommen werden. Die grosse Chance, die er jetzt mit dieser Vorlage sieht, ist, dass Eltern zu Kunden werden. Damit dies geschieht, muss es möglichst flexibel gehandhabt werden. Es kann nicht in städtischen, strengen Strukturen sein. Er weiss nicht, wie flexibel das Bachtelen in diesem Zusammenhang ist - er möchte das nicht ausschliessen oder befürworten. Ihm ist extrem wichtig, dass der Geist der Eltern als Kunden nicht in dieser Vorlage bleibt. Für ihn ist ganz klar, dass Eltern, die es sich leisten können, das Angebot vollständig zahlen sollen, anderen, die es sich nicht leisten können, soll man anteilmässig helfen. Wenn es regional ein abgestütztes Angebot gibt, ist das wunderbar, aber man soll im Fokus behalten, dass Eltern die Freiheit haben sollen, ihre Kindern zwischendurch für eine externe Betreuung abzugeben (an Tageseltern, Kitas oder andere Angebote wie z.B. die Waldspielgruppe). Er wäre sehr froh, wenn die verschiedenen Angebote unter der Richtschnur Eltern als Kunden so weiterentwickelt werden. Es ist ein Standortfaktor, ob man eine gute familienexterne Betreuung hat. Es trägt zur Qualität der Kinder bei, die nachher in die Schule kommen, es hilft vor allem auch wirtschaftlich den Eltern und der Wirtschaft, wenn Eltern mehr Freiheiten erhalten und gut arbeiten können, weil sie sicher sind, dass die Kinder an einem guten Ort betreut werden.

- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass man schon lange an diesem Projekt herumdoktert. Es ist auf einem guten Weg und macht Fortschritte. Nach Ansicht der SVP-Fraktion soll so weitergefahren werden.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4 Beschluss

- 4.1 Die familienergänzende Kinderbetreuung wird nach dem Modell 2: „Nachfragesteuerung“ weiterentwickelt.
- 4.2 Die städtischen KiTas werden verselbständigt.
- 4.3 Die städtischen Kostenbeiträge sollen neu in einem subjektbezogenen System erfolgen („Betreuungsgutscheine“).
- 4.4 Es werden folgende Zielvorgaben festgelegt:
- a) Insgesamt wird ein flexibleres, nachfrageorientierteres Angebot angestrebt.
  - b) Die anerkannten Tagesfamilien werden gestärkt und in das System der Betreuungsgutscheine integriert.

- c) Die Tarifgestaltung soll nach der Kompass-Strategie ausgerichtet werden; die Tarife sollen für mittelständische Familien attraktiver werden.
  - d) Die Gesamtkosten zu Lasten der öffentlichen Hand für die familienergänzende Kinderbetreuung für 2022ff dürfen im Durchschnitt über die nächsten 4 Jahre CHF 1'160'000 / Jahr nicht überschreiten.
- 4.5 Die Umsetzung soll möglichst per 01.01.2022 erfolgen.
- 4.6 Dem Gemeinderat werden die nötigen Beschlüsse zum Entscheid vorgelegt, namentlich die Änderung der Schulordnung (Gemeindeversammlung; resp. Urne) und das neue Finanzierungsmodell.
- 4.7 Die Arbeitsgruppe Kinderbetreuung wird beauftragt und ermächtigt, alle nötigen Schritte vorzubereiten.

**Vollzug:** Projektgruppe Kinderbetreuung, FV, SV, PA, Stadtschreiberin

**Beilage:** PL/06.04.2021: Präsentation

SV  
GSL  
FV  
Kurt Boner, Projektleiter „Optimierung familienergänzende Kinderbetreuung“

2.9.4 / acs

## Schulordnung: Anpassungen (u.a. familienergänzende Kinderbetreuung, Organisatorisches und Formelles)

Vorlage: KZL/24.03.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen.

1.2 Stadtschreiberin Luzia Meister und Stadtpräsident François Scheidegger geben ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

3.1 François Scheidegger stellt folgenden Ergänzungsantrag: *Formelle Anpassungen können durch die Gemeinderatskommission genehmigt werden.*

Der Antrag wird stillschweigend gutgeheissen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat beantragt den Stimmberechtigten, Folgendes zu beschliessen:

1. Die Revision der Schulordnung wird genehmigt (gemäss Synopsis vom 24.03.2021).

2. Der Gemeinderat bestimmt das Inkrafttreten.

4.2 Die Änderungen treten mit dem Zustimmungsbeschluss der Stimmberechtigten in Kraft. (vorbehalten die Genehmigung durch den Kanton).

4.3 Die Stadtkanzlei wird beauftragt, die Änderungen dem Kanton zur Genehmigung vorzulegen.

4.4 Formelle Anpassungen können durch die Gemeinderatskommission genehmigt werden.

**Vollzug:** Stadtschreiberin, KZL

SV  
GSL  
FV

Kurt Boner, Projektleiter „Optimierung der familienergänzenden Kinderbetreuung“

2.0.0 / acs

## **Task Force Wohnen und Soziales: Statusbericht**

### **1 Orientierung**

- 1.1 Kurt Boner, Projektleiter, Reto Kämpfer, Leiter Soziale Dienste Oberer Leberberg, und Stadtschreiberin Luzia Meister orientieren über die Arbeiten der Task Force Wohnen und Soziales und geben ergänzende Erläuterungen.
- 1.2 Laut Gemeinderat Ivo von Büren hat die Massnahme von SDOL, die Mieten von Sozialhilfeempfängern nicht mehr direkt an die Vermieter zu zahlen, schon viel gewirkt. Ein wichtiger Schritt ist „Wohnen in Grenchen“. Es gibt in Grenchen billigen Wohnraum. Dieser zieht einen „Sozialtourismus“ an, der die Stadt viel Geld kostet. Er findet es sehr wichtig, dass die Task Force auch mit den Vermietern und Besitzern der Liegenschaften spricht. Das muss unbedingt angegangen werden. Dort liegt Geld drin. Er dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit und ist zufrieden mit dem, was bis jetzt gegangen ist.
- 1.3 Kurt Boner präzisiert, dass es keine „Touristen“ sind, die pflegen wieder zu gehen, wenn sie ihre Ferien absolviert haben. Dass die Verfügbarkeit von billigem Wohnraum etwas mit Sozialhilfequoten zu tun hat, ist völlig klar. Deshalb ist das Votum von Ivo von Büren relevant. Das ist ein ganz wichtiges Thema.
- 1.4 Das ist, so Stadtpräsident François Scheidegger, auch ihm ein wichtiges Anliegen, dessen man sich annehmen soll.
- 1.5 Gemeinderat Peter Brotschi unterstützt das Votum von Ivo von Büren. Wenn die Stadt das will, muss die Stadt in der Liegenschaftspolitik aktiv werden. Alles andere bringt nichts. Er ist erschrocken, wie verwahrlost die Liegenschaften in der Freimatt sind, die vor 30 Jahren erbaut wurden. Es wird nichts investiert. Man weiss nicht, wer zuständig ist. Kartons liegen herum und auf den Wegen hat es halbe Äste, die niemand wegräumt. Es ist eine Katastrophe. Das muss man ändern. Hier muss die Stadt aktiv werden und das geht nur über die Liegenschaftspolitik.
- 1.6 Gemeinderat Reto Gasser gibt Peter Brotschi Recht, dass in Grenchen viele Überbauungen existieren, wo man jahrelang nichts mehr gemacht hat. Günstiger Wohnraum zieht natürlich auch das entsprechende Klientel an. Das war schon Thema in der Task Force vor zehn, zwölf Jahren. Man hat es dann ein wenig auf die Seite gelegt. Schon damals war die Krux, dass man es mit Investoren, Liegenschaftsbesitzern, Eigentümern zu tun hat. Dort greift man nachher ins Privatrecht, ins Eigentum ein. Es ist relativ schwierig, diesen Personen zu sagen, dass sie etwas „müssen“. Dort hat man nicht kommunales oder kantonales Recht, sondern ist irgendwo in einer höheren Ebene.

Oft handelt es sich um Renditeobjekte. Man muss versuchen, viel höher anzusetzen, um das Problem zu lösen. Das wurde auch in der FDP-Fraktion diskutiert, wobei das Problem nur zu einem Teil gelöst werden kann, wenn man versucht, aktiv einzusteigen, eine Immobilien-AG oder Immobiliengesellschaft gründet, die wenigsten die städtischen Liegenschaften aktiv bewirtschaftet, und dort eingreift. Das ist vielleicht ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es hat aber alle Grenzen.

- 1.7 Gemeinderat Alexander Kaufmann stellt fest, dass viel Negatives aufgezählt wurde. Er muss aber auch positive Beispiele nennen. Es gibt gute Sachen, die laufen. Im Westen von Grenchen hat sich schon einiges getan. Das ist genau das, was passieren muss. Wenn ein Eigentümer anfängt, gibt es einen Trend, der in die richtige Richtung geht. Die Stadt ist hier verantwortlich, sie ist die Vorreiterin, muss mit gutem Beispiel vorangehen und mehr in diese Richtung investieren.
- 1.8 Von der Orientierung wird Kenntnis genommen.

SDOL  
BD  
FV  
Kurt Boner, Projektleiter

8.5.6 / acs

## **Sonderschulungen in Heimen und Institutionen: Kreditüberschreitung 2020**

Vorlage: SV/23.03.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen.

1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 437'242.80 zu Lasten ER 2020 / Konto 2200.3635.00 Sonderschulen: Sonderschulungen in Heimen und Institutionen wird bewilligt.

**Vollzug:** SV

SV  
FV

9.2.1.2 / acs



## **Kreditüberschreitung 2020: Besoldungen**

Vorlage: BD/PA / 11.03.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage kurz zusammen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 212'942.65 zu Lasten ER 2020, Konto 0222.3010.00, Löhne Baudirektion, wird bewilligt.

**Vollzug:** PA, FV

PA  
BD  
FV

9.2.1.2 / acs

## **Revision Ortsplanung: Antrag zur kantonalen Vorprüfung**

Vorlage: BAPLUKB 10/08.03.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtplaner Fabian Ochsenbein fasst anhand einer Präsentation die Vorlage zusammen (s. Beilage).

1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Von der Orientierung zum Stand der Ortsplanungsrevision wird Kenntnis genommen.

4.2 Die Baudirektion wird beauftragt, die Planungsakten dem Amt für Raumplanung zur Vorprüfung einzureichen und die öffentliche Mitwirkung durchzuführen.

**Vollzug:** BD

Beilage: BD/06.04.2021: Präsentation

BAPLUK  
BD (SBM, PL, GK)

7.9.1 / acs

## **Zusatzkredit für die Ortsplanungsrevision**

Vorlage: BAPLUKB 11/08.03.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtplaner Fabian Ochsenbein fasst die Vorlage kurz zusammen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Peter Brotschi dankt für die Ausführungen. Für die CVP-Fraktion ist das Kreditbegehren unbestritten. Eine Ortsplanungsrevision wird ungefähr alle 15 Jahre durchgeführt. Für diesen grossen Aufwand ist das ein relativ kurzer Zeitraum. Er ist nicht mehr im Kantonsrat, aber diejenigen, die dabei sind, sollten sich überlegen, ob sie einen Vorstoss einreichen, dass man es auf 20 Jahre ausweitet, weil es doch ein enormer Aufwand für die Gemeinden ist. Eine Generation ist durchschnittlich 25 Jahre, er würde nicht so weit gehen, aber vielleicht etwas näher an eine Generation.
- 2.2 Damit die weiteren Schritte der Ortsplanungsrevision ausgeführt werden können, so Gemeinderat Alexander Kaufmann, benötigt es einen neuen Planungskredit. Wie bereits im vorderen Traktandum beschlossen, stehen als nächstes die Begleitung der Vorprüfung sowie die öffentliche Mitwirkung an. Das Geschäft wurde bereits in der BAPLUK intensiv diskutiert. Ursprünglich wurde der geschätzte Aufwand für die ersten Schritte der Planungsprozesse etwas zu tief geschätzt. Es wurden bekanntlich auch keine Reserven eingebaut. Genaue Kosten in einem laufenden Planungsprozess mit externer Unterstützung sind sehr schwer abzuschätzen. Darum ist das vorgeschlagene Vorgehen richtig, nur für die nächsten Teilschritte den Kredit auszulösen. Richtig und wichtig ist auch, dass der nun beantragte und zu bewilligende Zusatzkredit für die weiteren Planungsschritte vom CHF 200'000.00 im Budget 2021 als 1. Tranche von CHF 100'000.00 freigegeben wird.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Zusatz-Kredit von CHF 200'000.00 zu Lasten IR 7900.5290.00 „Ortsplanungsrevision“ wird bewilligt.
- 4.2 Zuhanden Budget 2021 wird eine Tranche von CHF 100'000.00 freigegeben.

**Vollzug:** BD

BAPLUK  
BD (SBM, PL, GK)

7.9.1 / acs

## Kreditbewilligung energetische Sanierung und Balkonerweiterung Hohlenstrasse 45, 45a und 45b

Vorlage: BAPLUKB 23/08.03.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

2.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill erklärt, dass mit der energetischen und baulichen Sanierung durch die Aussenisolierung sowie den neuen Fenstern wird der Energieverbrauch der städtischen Liegenschaft Hohlenstrasse 45 für Heizung und Warmwasser reduziert wird. Die vorgeschlagene Lösung mit der Balkonerweiterung ermöglicht eine bessere Nutzung der Balkone. Sie ist zudem eine Erweiterung des Wohnraumes und schafft eine zusätzliche, individuelle Wohnqualität. Die Vorlage verdeutlicht, dass die Stadt Grenchen gewillt ist, ihre stadteigenen Liegenschaften energetisch zu sanieren. Dies könnte ein Beispiel geben und Signalwirkung für die vielen anderen privaten Liegenschaften in Grenchen haben, die auch dringendst Handlungsbedarf in der energetischen und baulichen Sanierung haben. Die energetische Sanierung ist ein kleines, aber wichtiges Zeichen, dass die Stadt alles unternimmt, um das „Gold-Label“ zu erreichen. In dieser städtischen Liegenschaft im Grünen in der Nähe des Schulhauses Kastels hat es Familien mit vielen Kindern. Der SP Fraktion ist eines wichtig: Die zurecht geplante Mietzinserhöhung darf einen Teil des Mehrwertes ausmachen, sollte sich aber im „Rahmen“ halten. Schade aus seiner Beurteilung ist, dass wegen des Unterdachs aus asbesthaltigem Eternit auf eine Solarenergienutzung verzichtet wurde. Die SP-Fraktion wird der Vorlage mit der Kreditbewilligung zustimmen.

2.2 Gemäss Gemeinderat Peter Brotschi ist das Geschäft in der CVP-Fraktion grundsätzlich unbestritten. Die Liegenschaft hat tatsächlich eine schöne Lage und liegt ausserhalb des Siedlungsgebiets. Ein Abriss ist sicher eine zu hohe Forderung. Zumindest für eine energetische Sanierung sollte das Geld vorhanden sein. Der CVP fehlen in der Vorlage die getätigten Rückstellungen für die Sanierung. Gibt es das überhaupt?

2.3 Für Gemeinderätin Nicole Hirt ist das ein super Vorzeigeprojekt, wenn man es energetisch anschaut, mit dem sie einverstanden ist. Wo sie Mühe bekundet, ist, wenn man 20-jährige Fenster ersetzt (aber die 3-Fach-Verglasung ist energetisch sicher besser als die 2-Fach-Verglasung). Was sie nicht verstehen kann, ist, dass bei der Sanierung nicht gleich das Dach mit einer Photovoltaik-Anlage ausgerüstet wird.

Wenn sie in der Vorlage liest, dass mit einem lapidaren Satz gesagt wird, dass sich eine Photovoltaik-Anlage nicht rechne, dann stellen sich ihr schon Fragen. Sie hätte zumindest erwartet, dass man es gerechnet und die Kosten aufgezeigt hätte. Dann hätte der Gemeinderat immer noch entscheiden können, ob er es möchte oder nicht. Aber die SWG will das ja gar nicht. Das ist ja klar. Deshalb sagt man einfach, dass es sich nicht rechne. Sie fühlt sich mit der Ziff. 2.14 in der Vorlage nicht ganz ernst genommen. Sie versteht nicht, warum man das nicht auch berücksichtigt hat. Das wäre das Vorzeigeprojekt. Wenn man eine Gebäudehülle saniert, sieht man optisch nicht, dass sie energetisch besser sind, aber wenn eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach ist, sieht man das meilenweit. Man sieht es sogar aus der Luft. Das hat eine Signalwirkung. Sie versteht es schon gar nicht im Zusammenhang mit dem Energiestadt-Gold-Label, das man anstreben möchte. Aber sonst wird sie das Geschäft unterstützen.

- 2.4 Wie Gemeinderat Konrad Schleiss ausführt, gab es in der FDP-Fraktion eine Diskussion nicht wegen des Gold-Labels, sondern darüber, was man mit der Liegenschaft weiter machen will. Man ist zum Schluss kommen, dass die Sanierung im Rahmen der Asbest-Situation notwendig ist. Es wurde auch erörtert, ob das eine Aufgabe der Stadt ist oder ob das allenfalls auch jemand anderes übernehmen könnte. Wenn man diese Bauten an diesem Standort erhalten will, muss man sie aktualisieren und moderner gestalten. Die Mieter werden dann gut spüren, wenn es besser isoliert ist. Die FDP ist nicht gegen das Vorhaben und unterstützt die Vorlage, auch im Wissen, dass die Investition nicht vollständig zurückkommt. Würde man das Dach auch noch sanieren, würde es die Stadt noch teurer kommen. Deshalb hat man darauf verzichtet, auch wenn es schön wäre.
- 2.5 Gemeinderat Marc Willemin erklärt, dass sich die SVP-Fraktion lange mit der Vorlage beschäftigt hat. Es gab Diskussionen über die Notwendigkeit des Projekts in Zeiten, wo eigentlich gespart werden sollte. Sie fand auch, dass es andere Gebäude in Grenchen gegeben hätte, die es im Moment eventuell nötiger hätten. Ebenfalls hat man in der Vorlage nach einer Renditenberechnung gesucht, um zu sehen, wie es aussieht. Gibt es etwas in dieser Art? Die SVP wird der Vorlage mit einer gewissen Skepsis zustimmen.
- 2.6 Gemäss Aquil Briggen werden in einer Immobiliengesellschaft vom ersten Tag an Rückstellungen gebildet. Auch Stockwerkeigentümer äufnen einen Renovationsfonds. In der Stadt Grenchen wurde das nicht gemacht.
- 2.6.1 Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass das die Stadt allgemein nicht macht. Sie finanziert das auch ganz anders als ein Privater. Man hat keine Hypothek auf den Liegenschaften. Das wird einfach bezahlt.
- 2.6.2 Das Dach, so Aquil Briggen, muss von der Dämmung her nicht angefasst werden. Man hat eine Dämmung auf dem Estrichboden. Der Estrich ist nicht geheizt. Die Photovoltaik-Anlage ist im Interessensgebiet der SWG. Hier will sich die Stadt nicht einmischen. Wenn die SWG sagt, dass es sich nicht rechnet, wenn man die Asbest-Platten herunternehmen muss, ist das so. Dann legt sie drauf. Das soll aber nicht so sein. Zur Renditeberechnung meint er, dass sich energetische Sanierungen selten rechnen. Hier muss man ehrlich sein. Was sich dort rechnet, geht eins zu eins über die Nebenkosten.

Mit der zusätzlichen Wärmedämmung wird man weniger Gas verbrennen, dadurch sind die Nebenkosten tiefer, aber man macht als Liegenschaftsbesitzer keinen Gewinn aus den Nebenkosten, da sie eins zu eins verrechnet werden. Deshalb hat der Mieter den Gewinn aus der Wärmedämmung und nicht die Stadt. Wenn man nur die Balkone alleine anschauen würden, die auch zu einer Mietzinserhöhung beitragen, dann würde es wohl eine Rendite geben. Er hat das aber nicht gerechnet.

- 2.6.3 Gemeinderätin Angela Kummer unterstützt das Votum von Nicole Hirt. Die SP-Fraktion hat auch diskutiert, wie die Vorlage daherkommt. Sie stört vor allen, dass der Gemeinderat keinen Variantenentscheid fällen kann. Das Thema mit der SWG ist ein Punkt. Dass es sich für diese nicht rechnet, ist das eine. Als Energiestadt müsste man aber eine andere Haltung haben. Das kommt hier zu wenig heraus. Dass die BAPLUK, die auch Umweltkommission wäre, die Erwägungen der Baudirektion einfach teilt, ohne noch gross darüber zu diskutieren, findet sie seltsam. Man kommt keinen Schritt weiter, wenn man es nicht vertieft prüfen kann. Wenn man einfach nur sagt, dass es sich gemäss SWG nicht rentiert, kommt man mit den grundsätzlichen Anliegen nicht weiter.
- 2.6.4 Gemeinderat Reto Gasser hält fest, dass man mit den Nebenkosten keine Rendite macht. Dort profitiert der Mieter. Die Stadt hat Investitionen, aufgrund derer sie nachher Mietzinserhöhung machen kann. Die Mietzinse sind auf das marktübliche Mass zu erhöhen. Es geht hier um 20 Wohnungen in Häusern aus den 60er Jahren. Jetzt fängt man eine ideologische Diskussion über Energie, Umwelt etc. an. Er kommt sich als Gemeinderat hier fehl am Platz vor. Eigentlich sollte man das Ganze herausnehmen, damit der Gemeinderat nicht mehr darüber befinden müsste. Es wäre besser, wenn das eine Immobiliengesellschaft schlank und rank entscheiden würde.
- 2.6.5 Gemeinderat Richard Aschberger hat vor ein paar Jahren eine Interpellation eingereicht, wo Stadt aufzeigen musste, ob sie Renditeobjekte hat. Ihm fehlen hier die Grundlagen wieder. Man weiss nicht, ob sich die Überbauung bisher gerechnet hat. Wenn ja, in welchem Rahmen? Wenn man nachher sagt, dass man die Mietzinse anpassen kann, aber nicht marktüblich, möchte er schon gerne wissen, ob das dann noch rentiert. Erwerb und Unterhalt von solchen Liegenschaften ist nicht zwingend eine Kernaufgabe des Staats. Das kann ein Privater genauso gut machen. Es gibt genügend Immobilienfirmen. Die Stadt muss jetzt hier nicht noch sozialen Wohnungsbau betreiben. Er will zuerst wissen, ob es sich überhaupt rechnet oder nicht.
- 2.6.6 Gemäss Aquil Briggen wird man gesamthaft CHF 30'000.00 Mehreinnehmen pro Jahr bei den Mietzinsen haben. In 10 Jahren gibt das CHF 300'000.00, auf 30 Jahre gerechnet sind das CHF 900'000.00. Man spricht hier von einem Aufwand von 1.8 Mio. Franken. Das ist natürlich eine Milchbüchleinrechnung, aber man sieht, dass es nicht rentieren wird.
- 2.6.7 Die Stadt, so François Scheidegger, will keine schlecht erhaltenen Liegenschaften. Sie hat eine Vorbildfunktion. Sonst kann man auch sagen, dass man eine Immobiliengesellschaft gründet. Es gab einmal einen Vorstoss der CVP. Eine andere Möglichkeit wäre, sich von der Liegenschaft zu trennen. Aber irgendeinmal hat man ja einen Grundsatzentscheid gefällt, dass man das nicht machen will. Die Liegenschaften wurden übrigens auch alle bewertet.
- 2.6.8 Aquil Briggen geht davon aus, dass eine zu gründende Immobiliengesellschaft unter der Kontrolle der Stadt sein sollte. Wenn man die Liegenschaft an Private verkauft, hat man erst recht keine Garantie.

- 2.6.9 Nicole Hirt bezieht sich auf die CHF 30'000.00, die Aquil Briggen vorhin erwähnt hat, Das bedeutet, dass die Mietzinserhöhung pro Wohnung CHF 125.00/Monat beträgt. Jetzt wäre noch spannend zu wissen, was die Wohnung jetzt kostet. Sie findet, dass der Betrag nach so einer Sanierung nicht sehr hoch ist.
- 2.6.10 Aquil Briggen weiss nicht, warum Nicole Hirt das wissen muss. Es geht bei diesem Geschäft darum, ob man die Investition von 1.8 Mio. Franken tätigen will oder nicht und nicht darum, was die Mietzinseinnahmen sind.
- 2.7 Nicole Hirt stellt den Antrag, dass man das Dach auch mit einbezieht und es eine Variante gibt.
- 2.7.1 François Scheidegger nimmt an, dass dies ein Antrag auf 2. Lesung und eine Ergänzung der Vorlage mit der Variante Photovoltaik-Anlage wäre.
- 2.7.2 Laut Reto Gasser ist die Photovoltaik-Anlage gut und recht, aber dies wird sich in den Nebenkosten niederschlagen und die Rendite wird dadurch noch tiefer, weil man höhere Kosten haben wird. Das muss man sehen, wenn man den Antrag in den Raum stellt. Die Stadt, die Eigentümerin profitiert nicht davon, sondern nur der Mieter. Das läuft über die Nebenkostenabrechnung.

Eintreten wird beschlossen.

*Der Antrag von Nicole Hirt auf 2. Lesung wird mit 8 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.*

- 2.8 Peter Brotschi hat noch eine Frage zu Ziffer 2.15 der Vorlage: Wird jetzt bei anderen Liegenschaften vorausschauend geplant, ob Heizungen durch andere Heizungsarten ersetzen werden können?
- 2.8.1 Aquil Briggen erklärt, dass beim Projekt, das von den Gruppenberatungen im 2019 abgelehnt wurde, der Heizungsersatz dabei war. Man wollte dort etwas anderes machen, es wurde aber gestrichen. Im Winter darauf stieg die Heizung aus. Die Baudirektion stellt solche Überlegungen an.
- 2.8.2 François Scheidegger fügt an, dass man hier ein wenig Pech hatte.
- Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 13 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

### 4 Beschluss

- 4.1 Das Projekt und der Kostenvoranschlag *MFH Hohlenstrasse 45 / 45a / 45b Energetische Sanierung* werden genehmigt.
- 4.2 Der erforderliche Kredit von CHF 1'782'400.00, zu Lasten der Erfolgsrechnung 2021/2022, Konto 9630.3430.00 „Baulicher Unterhalt Liegenschaften FV“, wird bewilligt.



- 4.3 Der wertvermehrende Anteil wird nach Vorliegen der Bauabrechnung zu Lasten Erfolgsrechnung Konto 9630.3430.20 „Wertvermehrender Unterhalt Liegenschaften FV“ ausgedient. Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, den notwendigen Kreditübertrag vorzunehmen.
- 4.4 Für den wertvermehrenden Anteil sind die Mietzinse nach Vorliegen der Bauabrechnung anzupassen.
- 4.5 Vom zu erwartenden Bundesbeitrag aus dem Förderprogramm in der Höhe von ca. CHF 68'000.00 zu Gunsten Erfolgsrechnung Konto 9630.4630.00 „Beiträge vom Bund“ wird Kenntnis genommen.

**Vollzug:** BD

BAPLUK  
BD (SBM, ZD, LV, GK)

0.9.1 / acs

## **Kommissionen und andere Gremien:**

### **- Überprüfungsergebnis**

### **- Schaffung einer ‚Arbeitsgruppe Sport‘**

Vorlage: KZL/23.03.2021

#### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen und gibt weiterführende Erläuterungen.

1.2 Stadtpräsident François Scheidegger ergänzt, dass man betreffend Label Energiestadt im dauernden Prozess ist. Dazu gibt es eine Arbeitsgruppe, in der auch der Energieberater dabei ist. Man hatte schon eine Sitzung bezüglich nächster Rezertifizierung. Es wird nicht davon ausgegangen, dass man das Gold-Label erreicht. Man ist aber auf dem Weg. Das Thema Energie wird bewirtschaftet.

#### 2 Eintreten

2.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill hat eine Überprüfung der Kommissionen für die neue Legislatur verlangt. Die Vorlage gibt eine detaillierte Übersicht über die bestehenden Kommissionen und die Gremien. Das hilft den Parteien bei der Rekrutierung von neuen Kommissionsmitgliedern und verschafft dem neuen Gemeinderat einen Überblick über ihre Aufgaben. Es ist zu begrüßen, dass in der wichtigen Kommission BAPLUK ein Pflichtenheft erarbeitet werden soll. Das Heft sollte aber zu Beginn der neuen Legislatur im Sommer 2021 vorliegen, ansonsten ist man in dieser Kommission gleich weit wie vor vier Jahren. Wichtig für ihn ist, dass allen Kommissionen ein Pflichtenheft gemäss den neusten Erkenntnissen zur Verfügung stehen wird. Das schafft für den Gemeinderat und die Verwaltung Transparenz und Übersicht der jeweiligen Aufgaben und Kompetenzen. Die Kommissionen und Gremien in der Stadt Grenchen werden politisch zusammengesetzt. Das kann dazu führen, dass bei Kommissionsmitgliedern die notwendige, fachliche Kompetenz für ihre Aufgabe fehlt. Besonders in der BAPLUK ist es schwierig, Personen zu rekrutieren, die Kenntnisse zum Beispiel von Hoch- und Tiefbauplanung, Städteplanung sowie Umwelt- und Energiethemen haben. Darum begrüsst er die Idee, externe Fachleute zu Fragen des Städtebaus und der Architektur beiziehen zu können, um in den wichtigen Themen die städtebauliche Qualität zu fördern und dafür eine neutrale, fachlich ausgewogene und fundierte Beratung sicherzustellen. Die SP-Fraktion unterstützt die Bildung einer „Arbeitsgruppe Sport“. Sie nimmt die Übersicht und Analyse zur Kenntnis und stimmt den Anträgen zu. Sie wird die Kommissionen und Gremien weiterhin nach ihrer Effizienz und Fachlichkeit im Auge behalten.

- 2.2 Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Robert Gerber, nimmt Kenntnis vom Überprüfungsergebnis und den darauf gezogenen Schlüssen. Die Gemeindeorganisation sieht im Vergleich zu anderen Gemeinden und Städten wenige Kommissionen vor. Die bestehende Kommissionsstruktur in Grenchen hat sich im Grossen und Ganzen bewährt und sollte nicht ohne Not geändert werden. Es ist wie bei einem Puzzle, wenn eines verschoben wird oder nicht passt, passt plötzlich nichts mehr. In Grenchen herrschte in den vergangenen Jahren nie „Kommissionitis“, wie das vor noch 25 und mehr Jahren der Fall war und in anderen Städten und Gemeinden üblich ist. Zusätzliche Kommissionen und Ausschüsse gehen in aller Regel zu Lasten der Effizienz, kosten Geld und Zeit und verlangsamen den eh schon trägen Polit- und Verwaltungsbetrieb zusätzlich. Kommissionen und Ausschüsse ohne klar definierte Zuständigkeits- und Kompetenzregelungen ergeben keinen Sinn und haben die Tendenz, sich in Angelegenheiten einzumischen, die sie wenig und nichts angehen oder sie suchen sich eigene Betätigungsfelder.
- Die FDP-Fraktion kann sich mit der Schaffung einer Arbeitsgruppe Sport einverstanden erklären. Sie kann sich auch den Argumenten anschliessen, dass für gewisse Kommissionen Pflichtenhefte erstellt werden. Diese müssen aber plausibel und nachvollziehbar sein und nicht nur aus Wünschen einzelner Protagonisten und aus Prosa bestehen. Vielleicht wiederholt er sich, aber das gegenwärtige Regime hat sich bewährt. Und wenn man schon an Änderungen denkt, muss die gesamte Behördenorganisation überdacht werden. Da gäbe es tatsächlich andere und unter Umständen bessere Organisationsformen als dies die heutige ist. Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen zu und dankt den beteiligten Personen und Amtsstellen für die ausführlichen Informationen.
- 2.3 Wie Gemeinderat Richard Aschberger ausführt, dankt die SVP-Fraktion vorab für die Auflistung der Kommissionen und was sie die Stadt jedes Jahr kosten. Mit den Anträgen als solches ist sie nicht zufrieden, daher ein paar Worte zur BAPLUK. Sie ist klar der Meinung, dass sich diese Kommission über Jahrzehnte bewährt hat und so soll es auch bleiben. Auch was die jeweilige Zusammensetzung in jeder Legislatur angeht, soll es frei sein, die Sitze zu bestücken. Es muss nicht zwingend ein absolutes Fachgremium sein, Personen mit Erfahrungen, aber ohne 3 Dokortitel gehören genau gleich dort hinein, denn oft sind es eben genau diese Personen, welche einen anderen Blick auf gewisse Dinge und Vorhaben aufbringen können und dann findet man eine gute Lösung. Die SVP hat dazu diverse Beispiele in den letzten Jahren erlebt und auch diverse negative Beispiele beim Kanton, wenn eben nur die Fachpersonen werkeln. Ergo so lassen wie es ist und nicht noch alles verkomplizieren. Es wäre ihr neu, dass es massive Probleme in der BAPLUK gab oder gibt.
- Die Arbeitsgruppe Sport braucht es aus Sicht der SVP nicht. Man hat schon beim Traktandum 5 darüber gesprochen wie die Stadt aufgestellt ist betreffend Tourismus, Vermarktung usw. das hier gehört eigentlich auch dazu. Dazu ist es für sie ausreichend, dass man ad hoc solche Arbeitsgruppen ins Leben rufen kann, wenn der Bedarf gegeben ist.
- Betreffend Jugendkommission wurde schon zimal andiskutiert ob es sie in dieser Form noch braucht und die SVP ist der Meinung, dass es sie nicht braucht. Sie kann knapp 10'000 Franken pro Jahr verteilen, es ist also ein Durchlauferhitzer, das passiert so schon verwaltungsintern. Dazu kostet die Kommission selber aber knapp CHF 5000.00 pro Jahr. Daher ist wie gesagt die JUKO zu überdenken respektive die SVP beantragt die Aufhebung. Auch hier wieder: Gibt es spezifische Themen wie in der Vorlage erwähnt, sind zielgerichtete Arbeitsgruppen effizienter und günstiger.

Wenn er nur schon an das erwähnte Thema Jugendparlament denkt, dann ist eine einzelne Kommission mit so etwas klar überlastet. Er kennt das vom Kanton her und ein paar der hier sitzenden Gemeinderäte wissen auch, was das für ein gewaltiger Aufwand ist. Das Gleiche gilt auch beim Antrag Ziff. 6.5. Wenn man schon über Pflichtenhefte sprechen will, soll man erst mal diskutieren, was die jeweiligen Kommissionen eigentlich machen sollen und was sie nützen. Sonst wie gesagt lieber mit Arbeitsgruppen oder eben Fachgruppen spezifische Themen bearbeiten als Kommissionen zu haben, welche selber nach Arbeit suchen müssen, damit sie sich nicht selber abschaffen. Die SVP wird bei den Anträgen nur bei Ziff. 6.1 zustimmen, die restlichen Ziffern lehnt sie ab.

Noch eine Frage zu Schluss: Wo ist Entscheid der Gemeinderat, dass die Stadt das Energiestadt-Label Gold anstrengen will?

- 2.4 Gemeinderätin Nicole Hirt dankt für die Auflistung und nimmt Bezug auf Ziff. 6.1 der Beilage 2, wo es um die BAPLUK geht. Sie zitiert daraus folgenden Abschnitt:

*„GO § 46<sup>1</sup> Die Bau-, Planungs- und Umweltkommission behandelt die städtischen Bauvorhaben, Fragen der Ortsplanung, des Umwelt-, Natur- und Heimatschutzes sowie der Gesundheitsvorsorge und -fürsorge.*

*<sup>2</sup> Ihre Aufgaben und Befugnisse richten sich insbesondere nach dem Planungs- und Baugesetz, der kantonalen Bauverordnung und dem Bau- und Zonenreglement, dem Submissionsreglement und dem Umweltschutzreglement der Stadt Grenchen.*

*<sup>3</sup> Sie beaufsichtigt die Baudirektion. Sie genehmigt Bauabrechnungen, soweit keine bewilligungspflichtigen Nachtragskredite erforderlich sind.*

*Nach kantonalem Recht muss Grenchen keine Baukommission einsetzen; denn Gemeinden mit einer hauptamtlichen Bauverwaltung können diese als Baubehörde einsetzen und sie deren Aufgaben gemäss kantonalem Planungs- und Baugesetz (PBG) erfüllen lassen.“*

Ihre Frage ist deshalb, ob man die BAPLUK nicht auflösen und durch eine Umwelt- und Energiekommission ersetzen kann. Das Energiethema (Energiestrategie, Energiestadt, Energielabel) ist in aller Munde und die Stadt kümmert sich überhaupt nicht darum.

- 2.4.1 Stadtpräsident François Scheidegger erwidert, dass das einfach nicht wahr ist.

- 2.4.2 Es steht, so Nicole Hirt, aber nichts in der Vorlage.

- 2.5 Laut Gemeinderat Peter Brotschi ist die Effizienz das eine, sie ist aber sicher nicht die oberste Maxime der Demokratie, sondern die demokratische Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungskreise. Die CVP-Fraktion steht grundsätzlich hinter der Vorlage. Die Reduktion resp. die Halbierung des Gemeinderates war natürlich ein massiver Demokratieabbau in dieser Stadt. Die CVP hätte sich auch eine Energiekommission gewünscht. Wenn man als vorbildliche Energiestadt gelten will, müsste die Baudirektion personell entsprechend ausgestattet sein, denn eine gewisse Energiewende sollte auch auf die nächsten 20, 30 Jahre hinaus begleitet sein. Die CVP würde sich auch wieder eine Verkehrs- und Polizeikommission wünschen. Es gab in den letzten 20 Jahren verschiedene Verkehrsmassnahmen, die wohl nicht so umgesetzt worden wären, wenn sie zuerst demokratisch in einer Kommission hätten abgesehnet werden müssen. Die CVP stellt keine Anträge betreffend neue Kommissionen, sondern wird wie die SP das Vorgehen und die ganze Entwicklung ganz genau im Auge behalten.

- 2.6 Gemäss François Scheidegger hat der Gemeinderat die Motion „Energistadt Gold bis 2024“ von Remo Bill als Postulat erheblich erklärt (GRB 2625/12.05.2020).  
Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Bau-, Planungs- und Umweltkommission (BAPLUK):
- 3.1.1 Nicole Hirt wünscht, dass neben der BAPLUK eine Arbeitsgruppe zum Thema „Energie und Umwelt“ eingesetzt wird.
- 3.1.2 Gemäss François Scheidegger heisst die Kommission „Bau-, Planungs- und Umwelt-kommission“. Nach Auskunft des Präsidenten der BAPLUK wird unter Umwelt auch Energie subsummiert. Das Thema Energie beschäftigt die Stadt im Rahmen des ganzen Prozesses Energistadt und zwar sehr intensiv. Hier noch eine separate Kommission zu gründen, macht für ihn keinen Sinn.
- 3.1.3 Nicole Hirt möchte wissen, wer sich in der Stadt um die energetischen Fragen kümmert.
- 3.1.4 Nach Auskunft von François Scheidegger ist das die Baudirektion selbst, genauer gesagt Sandra Marek, Sachbearbeiterin Umwelt / Energie. Das ist immerhin ein 50%-Pensum. Dazu kommt die Arbeitsgruppe Energistadt, bei welcher der Energieberater, die SWG, die Bürgergemeinde, die ARA, die BGU sowie der Präsident BAPLUK dabei sind.
- 3.1.5 Nicole Hirt erwidert, dass die Wahl der BAPLUK durch den Gemeinderat vorgenommen wird. Die Arbeitsgruppe Energistadt wurde nicht vom Gemeinderat bestimmt. Sie beantragt, dass die BAPLUK zu einer Bau- und Planungskommission umgewandelt und daneben eine Arbeitsgruppe „Energie und Umwelt“ geschaffen wird. Sie wollte ursprünglich einmal einen Vorstoss für eine „Umwelt- und Energiekommission“ einreichen. Damals hiess es, dass dies nicht nötig sei, weil es ohnehin käme. Jetzt ist es aber nicht in der Vorlage. Es war aufgegleist, aber die Gemeinderatskommission fand, dass es nicht nötig ist. Sie ist der Überzeugung, dass es das braucht.
- 3.1.6 François Scheidegger bestätigt, dass die Arbeitsgruppe Energistadt ein informelles Gremium ist. Der Antrag von Nicole Hirt läuft auf eine Zweiteilung hinaus. Er schlägt vor, dass sie einen Vorstoss macht, wenn sie eine Umwelt- und Energiekommission möchte. Dann kann man es sauber vorbereiten und es kann ein Meinungsbildungsprozess stattfinden. So etwas jetzt einfach über das Knie zu brechen, wäre nicht seriös.
- 3.1.7 Nicole Hirt kann mit diesem Vorgehen leben.
- 3.1.8 Laut Reto Gasser muss man sich bewusst sein, was das nach sich zieht. Man hat ja eine Energiefachstelle auf der Baudirektion im operativen Bereich (Sandra Marek). Das gibt einen Teufelskreis: Wenn man eine Energiekommission hat, muss sie Vorlagen haben, die von der Verwaltung vorbereitet werden müssen. Als Nächstes kommt der Stadtbaumeister, der mehr Stellenprozente fordert, weil die Ressourcen nicht reichen. Am Schluss hat man wieder Mehrkosten im personellen Bereich. Man kann im Rahmen der Überarbeitung des Pflichtenhefts festlegen, dass der Bereich „Umwelt“ neu den Bereich „Umwelt und Energie“ umfasst und dort Präzisierungen anbringen. Er findet es nicht unbedingt zielführend, zwei Kommissionen zu haben. Er war vor zehn Jahren auch in der BAPLUK. Seinerzeit hat man durchaus Energievorlagen traktandiert. Es ist an der BAPLUK, ihre Schwerpunkte zu setzen. Wenn man zwei Kommissionen hat, zieht das eine wieder das andere mit sich. Am Schluss sitzt man wieder zusammen und fragt sich, warum man so viele Mehrkosten in der Stadt hat.

Er bittet die Kosten im Auge zu behalten, wenn man den Vorstoss macht, sonst war alles vergebens, was man an den drei Samstagen zusammen erarbeitet hat.

- 3.1.9 François Scheidegger kann das Votum unterstützen. Es wäre praktisch, wenn man das Thema „Energie“ ins Pflichtenheft der BAPLUK hineinnehmen könnte.
- 3.1.10 Wer meint, so Gemeinderat Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK, dass es die BAPLUK nicht brauche, der kennt das Geschäft wirklich nicht, denn die BAPLUK ist immerhin noch Rekurskommission der Baubewilligungen. Wenn man die Geschäfte der BAPLUK anschaut - und die Statistiken gibt es ja - machen die Rekursarbeiten den grössten Teil aus. Dazu kommen noch die ganzen Bauvergaben. Auf diese kann man nicht auch noch verzichten. Eine kleine Gewissensfrage an den Gemeinderat: Vor acht Jahren wurde im Gemeinderat der Energierichtplan behandelt. Dieser wurde von der BAPLUK vorbereitet, im Gemeinderat zur Abstimmung gebracht und vom Gemeinderat nicht als behördenverbindlich erklärt. Der Energierichtplan ist als Arbeitsinstrument nach wie vor in der Verwaltung vorhanden. Es wird immer davon erzählt, man kann darauf zurückgreifen. Das Thema ist nicht verloren. Eher überraschend für ihn war, dass der Gemeinderat am 2. Juli 2019 seine Motion "Für die Fortführung einer Energieberatung für die Stadt" aufgrund des Vorschlags der Arbeitsgruppe Energiestadt nicht erheblich erklärt hat (GRB 2510). Dort wäre es um substantielle Energieberatung unter neutralem Label gegangen. Er sieht im Rahmen der BAPLUK immer wieder Energiefragen (vgl. Geschäft „Energetische Sanierung Liegenschaft Hohlenstrasse 45, 45a, 45b“). Allerdings sollten bei Energiefragen auch wirtschaftliche Betrachtungen mit einbezogen werden, sonst wird das Ganze sehr schnell teuer. Um nicht auf allzu grosse Konflikte zuzusteuern, würde er von einer Energiekommission abraten.
- 3.1.11 François Scheidegger stellt fest, dass im Moment kein Antrag auf dem Tisch ist. Er geht davon aus, dass damit die BAPLUK nicht weiter in Frage gestellt ist.
- 3.2 Jugendkommission:
- 3.2.1 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno hat die Jugendkommission in letzter Zeit bewiesen, dass sie eine wichtige Kommission ist. Sie ist erwacht und hat gewisse Sachen angestossen, welche die Stadt weiterbringen. Sie ist die Behörde, welche das Lindenhaus überprüft und das ganze Controlling macht. Man hat die Präsidentin der Jugendkommission jetzt in den Vorstand Lindenhaus hineingenommen. Er hat gemerkt, dass dies eine Befruchtung resp. ein gutes Zusammenarbeiten ist. Sie hat allerdings nur beratende Funktion, aber ihre Anwesenheit ist ganz wichtig. Die Jugendkommission muss nicht Aufgaben suchen, damit sie weiterbestehen kann, sondern es ist schlecht gelebte Kinder- und Jugendförderung, die hier durchdringt. Es wäre schade, wenn es die Jugendkommission nicht gäbe. Er findet das den völlig falschen Ansatz. Wenn die SVP das beantragen will, darf sie das gerne tun. Man ist in einer Demokratie und kann darüber abstimmen. Dann wird man sehen, wie das Resultat herauskommt.
- 3.2.2 Peter Brotschi gibt zu bedenken, dass die Kommissionen Einstiegsgremien für Jungpolitikerinnen und -politiker sind. Es werden nicht alle Kandidatinnen und Kandidaten gleich als GR- oder KR-Mitglieder gewählt. Man muss Trainingsgefässe für die Politik haben.
- 3.2.3 Richard Aschberger war früher ebenfalls einmal in der Jugendkommission. Die SVP ist nicht dagegen, es geht nur darum, dass man genauer hinschaut, welche Aufgaben die Jugendkommission hat. Dass sie sich in den letzten Jahren gut entwickelt hat, hat man auch mitbekommen. Es gab gute Projekte mit UNICEF etc. Früher musste man händelnd nach Arbeiten etc. suchen, bis man die interessanten Projekte gefunden hat.

Es geht darum, die ganze Kommission auf die Zukunft auszurichten. Vielleicht kann man ihr auch die Kompetenz, die CHF 10'000.00 zu sprechen, wegnehmen, damit sie sich wirklich um interessante Themen kümmern kann. Die SVP wird keine Auflösung mehr beantragen, sondern möchte einen Hinweis geben.

- 3.2.4 François Scheidegger erlebt die Jugendkommission in letzter Zeit als sehr positiv. Sie macht wirklich etwas. Es wäre ein Verlust.
- 3.2.5 Gemeinderat Fabian Affolter war auch einmal Präsident der Jugendkommission. Er hatte einzig ein paar Gesuche zu bearbeiten. Da hat er sich am Anfang schon hinter-sonnen, was er da macht. Mit der Zeit sind die ganzen UNICEF-Sachen gekommen, so dass es interessant wurde. Er hat das aber nicht mehr miterlebt. Seine Nachfolgerin hat sich nachher hineingearbeitet. Als er anfang, war man sich nicht so sicher, ob es die Kommission braucht. Jetzt ist Fleisch am Knochen. Ob es eine Kommissionen oder eine Arbeitsgruppe ist, ist zweitrangig, wichtig ist die Konstellation der Leute, die das machen und dass man interessante Sachen bearbeiten kann (Projekte, Leistungsvereinbarungen, UNICEF-Label etc.). Es macht keinen Sinn, eine Sitzung durchzuführen, um zwei Gesuche zu diskutieren.
- 3.2.6 François Scheidegger meint, dass niemand so etwas macht, sonst ist es halt ein schwacher Präsident. Niemand führt eine Sitzung durch, wenn es diese nicht braucht. Dann braucht es auch den Präsidenten nicht. Es steht und fällt mit dem Präsidenten. Es ist klar, dass auch die Verwaltung eine gewisse Mitverantwortung hat. Er räumt ein, dass man die Kultur- und Jugendkommission manchmal auch ein Stück weit vergessen hat. Sie werden in letzter Zeit aber vermehrt begrüsst und auch „gefüttert“. Er hat eben erst der Jugendkommission einen Auftrag im Zusammenhang mit der aufsuchenden Jugendarbeit gegeben, weil man hier etwas machen muss. Er ist froh, dass man so ein Gremium hat.
- 3.2.7 Fabian Affolter erhielt als Präsident verschiedene Gesuche. Wenn von drei Geschäften nur eines dringend war, musste er sich jeweils fragen, ob er eine Sitzung machen soll, die zwar aus kostentechnischer Sicht nicht richtig ist, oder ob er es bleiben lassen soll und dann das Gesuch nicht bearbeiten kann. Er hat rückblickend sicher nichts Falsches gemacht. So wie es jetzt läuft, ist es optimal. So macht eine Sitzung Freude und es macht Sinn, eine Sitzung durchzuführen.
- 3.2.8 Wenn man davon spricht, so Gemeinderat Daniel Hafner, dass Kommissionen unnötig sind, gehen bei ihm alle Lampen an. Die Stadt Grenchen hat im Vergleich zu den anderen zwei Städten im Kanton Solothurn die tiefste Stimmbeteiligung (zwischen 20 und 30 %). Er schämt sich dafür. Wenn man die wenige Kommissionen, die man noch hat, abschafft, wird der Demokratisierungsprozess noch mehr behindert. Bezüglich der BAPLUK ist zu sagen, dass genau das Thema Umwelt immer etwas zu kurz kommt. Es wäre genau an dieser BAPLUK, diesbezüglich entsprechende Pflöcke einzuschlagen. Mit einem Pflichtenheft hätte man einen gewissen Handlungsspielraum. Man braucht Mitglieder, die vom Fach sind und den Gemeinderat und die entsprechenden Leute beraten können. Wenn man die Kommissionen beschneidet oder auflöst, leiden alle darunter.
- 3.2.9 Gemäss Angela Kummer haben alle Kommissionen, zumindest diejenigen, die jetzt ein Pflichtenheft haben, eine Spannbreite von Aufgaben, die sie entweder in einer Minimal- oder in einer Maximalvariante fahren können. Die Jugend- resp. die Kulturkommission muss sich mit der Frage auseinandersetzen, was Jugend- resp. Kulturarbeit ist und wo es Verbesserungspotenzial gibt. Das Gleiche gilt für die Integrationskommission.

Man muss die Pflichtenhefte genau anschauen. Sie würde sich grundsätzlich mehr Partizipation auch von aussenstehenden Leute wünschen, welche Ideen hineinbringen, damit diese auch zum Teil via Kommission in den Gemeinderat kämen. Sie findet, dass man auf die neue Legislatur hin die neuen Leute mehr in die Kommissionsarbeit einführen und ihnen zeigen sollte, dass es nicht nur um die paar Franken zum Verteilen geht. Das ist ganz wichtig, damit es gut kommt. Das betrifft nicht nur die „Umweltkommission“, sondern generell alle Kommissionen.

### 3.3 Anträge und Beschlussesentwurf:

Ziff. 6.1 wird  einstimmig  gutgeheissen

Ziff. 6.2 wird mit  10 : 4 Stimmen, 1 Enthaltung , gutgeheissen.

Ziff. 6.3 wird mit  11 : 4 Stimmen  gutgeheissen.

Ziff. 6.4 wird mit  11 : 4 Stimmen  gutgeheissen.

Ziff. 6.5 wird  einstimmig  gutgeheissen.

Es ergeht folgender

## 4 Beschluss

- 4.1 Die Übersicht und Analyse der Kommissionen und Gremien wird zur Kenntnis genommen.
- 4.2 Für die Bau-, Planungs- und Umweltkommission BAPLUK wird ein Pflichtenheft z.H. Gemeinderat erstellt; die Aufgaben werden geklärt und nach Effizienzkriterien gestrafft.
- 4.3 Es soll eine 'Arbeitsgruppe Sport' eingesetzt werden; es ist dem Gemeinderat ein konkreter Vorschlag mit Pflichtenheft vorzulegen.
- 4.4 Für die wichtigeren Gremien ist dem Gemeinderat ein Pflichtenheft vorzulegen (Sozialkommission, AGöV, Personalkommission).
- 4.5 Die Pflichtenhefte der Jugendkommission und der Kulturkommission sind so anzupassen, dass diese verstärkt für zentrale Fragen einbezogen und von weniger wichtigen Aufgaben entlastet werden.

**Vollzug:** Stadtschreiberin, KZL

BAPLUK  
BD  
SDOL  
SoKOL  
Stapo  
AGöV  
PA  
PEK  
KSF  
JUKO  
KUKO

0.1.8 / acs



## **Gemeindeordnung: Anpassungen (Wahlbüro und Beglaubigung)**

Vorlage: KZL/24.03.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen.

1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat beantragt den Stimmberechtigten, Folgendes zu beschliessen:

1. Die Revision der Gemeindeordnung wird genehmigt (gemäss Synopsis vom 24.03.2021).

2. Der Gemeinderat bestimmt das Inkrafttreten.

4.2 Die Änderungen treten mit dem Zustimmungsbeschluss der Stimmberechtigten in Kraft (vorbehalten die Genehmigung durch den Kanton).

4.3 Die Stadtkanzlei wird beauftragt, die Änderungen dem Kanton zur Genehmigung vorzulegen.

**Vollzug:** Stadtschreiberin, KZL

Zentralwahlbüro (Präsident, 2 Vizepräsidentinnen)

0.1.8 / acs

## Leistungsvereinbarung mit der SWG

Vorlage: KZL/25.03.2021

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderätin Nicole Hirt bezieht sich auf Art. 8 Abs. 1 (*Die SWG strebt in ihrem Liefergebiet einen Anteil von Biogas möglichst aus regionalen Ressourcen am gesamten Heiz-Gasabsatz von 30% bis ins Jahr 2030 an...*) und hat Mühe mit dem Einschub des Wortes „möglichst“ durch den Verwaltungsrat SWG vom 7. Dezember 2020. Sie wird den Antrag stellen, dass es rückgängig gemacht wird.
- 2.2 Gemäss Gemeinderat Reto Gasser befindet man sich jetzt auf der Zielgerade. Zu all den Formalitäten und Organisationsreformen im Rahmen der SWG Corporate Governance, die man unternommen hat, ist die Leistungsvereinbarung wirklich der letzte Punkt, den der Gemeinderat unter dieser Besetzung zu beraten hat. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Leistungsvereinbarung, so wie hier vorliegt, zustimmen.
- 2.3 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno meint, dass es für eine Leistungsvereinbarung immer zwei Partner braucht, welche zustimmen. Die CVP-Fraktion ist mit der Leistungsvereinbarung einverstanden und genehmigt diese.
- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren gibt namens der SVP-Fraktion bekannt, dass das ausgearbeitete Papier gut ist. Es wurde unglaublicherweise auch vom Verwaltungsrat SWG abgesegnet. Er bittet den Rat, nicht mehr an Leistungsvereinbarung herumzuschrauben. Die SVP ist für Eintreten, zufrieden mit der geleisteten Arbeit und wird dem Geschäft zustimmen.
- 2.5 Wie Gemeinderat Daniel Hafner ausführt, ist die vorliegende Leistungsvereinbarung das Endprodukt einer Vernehmlassung und der Endpunkt einer Thematik, die den Gemeinderat jetzt jahrelange beschäftigt hat. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es ein gutes und starkes Produkt ist und wird dem zustimmen.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Nicole Hirt kommt auf den Einschub des Wortes „möglichst“ in Art. 8 Abs. 1 zurück. Die Abänderung wurde nicht so im Gemeinderat bestimmt, sondern vom Verwaltungsrat der SWG vorgenommen. Das findet sie nicht in Ordnung.
- 3.1.1 Ziel war es, so Stadtpräsident François Scheidegger, eine Vereinbarung auf Augenhöhe zu treffen, sonst wäre es ein Leistungsauftrag. Man wollte etwas erarbeiten, das auch vom Verwaltungsrat SWG getragen wird. Selbstverständlich kann auch der Verwaltungsrat Vorschläge unterbreiten. Ursprünglich war sogar ein Workshop geplant. Mit dem Einschub des Wortes „möglichst“ hat man eine kleine Differenz. Der Verwaltungsrat hat es hineingenommen, weil er etwas vorsichtig ist. Es wurde dann nochmals in der Arbeitsgruppe beraten und die Gemeinderatskommission hat die Ergänzung ebenfalls für gut befunden.
- 3.1.2 Laut Reto Gasser hat der Verwaltungsrat SWG ganz minim an der Vereinbarung geschraubt. Jetzt hat es der Gemeinderat noch einmal zum Anschauen. Er schlägt vor, dass François Scheidegger oder Ivo von Büren dem Gemeinderat kurz erklären, warum das Wort „möglichst“ hineingekommen ist, damit man weiss, was der Hintergrund ist. Dann kann darüber befunden werden, ob der Passus, wie ihn der Verwaltungsrat SWG vorschlägt, akzeptiert werden soll. Dafür hat man ja Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat.
- 3.1.3 François Scheidegger betont, dass Ivo von Büren und er im Verwaltungsrat den Hut der Stadt tragen. Es wurde noch eine Arbeitsgruppe gebildet. Dort war François Scheidegger ebenfalls Vertreter der Stadt. Die Vertreter der SWG waren Silvio Bertini, Vizepräsident VR SWG, und Per Just, Geschäftsleiter SWG. Der Verwaltungsrat war der Auffassung, dass es wohl schwierig ist. Man ist bereit, die Verpflichtung einzugehen, möchte es einfach etwas abschwächen, indem man „möglich“ einfügt. Wenn es irgendwie geht, wird man versuchen, das Ziel zu erreichen. Er macht beliebt, den Antrag abzulehnen. Es ist es nicht wert, wegen dieses Wörtchens eine Differenz zu provozieren. Sonst müsste die Leistungsvereinbarung wieder in den Verwaltungsrat SWG gehen. Irgendeinmal muss man es auch gut sein lassen.
- 3.1.4 Ivo von Büren muss wirklich sagen, dass sich die SWG in Sachen Biogas Mühe gibt. Man hat immerhin die Biogasanlage bei der Kläranlage. Es ist tatsächlich nicht so einfach, in der nächsten Zeit auf 30 % Biogas umzustellen und dabei noch ein wenig Geld zu verdienen. Die SWG ist absolut bestrebt, neue Energiefelder zu finden und Neues zu unternehmen. Wenn es so einfach wäre, würde sie es machen. Wenn man ihr das vorschreibt, dann kauft sie das Biogas im Ausland ein. Wieviel „Bio“ das Gas dann hat, bleibt dahingestellt. Er würde der Firma vertrauen, sie hat das Gute im Sinn. Er möchte nicht, dass deswegen noch einmal daran herumgeschraubt wird. Die SWG und der Verwaltungsrat sind der Stadt entgegen gekommen. Es ist eine gute Vereinbarung. Er bittet den Rat, das zu unterstützen und den Antrag abzulehnen.
- 3.1.5 François Scheidegger meint, dass Nicole Hirt den ganzen Satz lesen soll. Letztendlich ist das eine semantische Diskussion. Die Differenz ist ganz klein.
- 3.1.6 Reto Gasser präzisiert, dass sich das Wort „möglichst“ nur auf die regionalen Ressourcen und nicht auf die 30 % bezieht.
- 3.1.7 In den Augen von Peter Brotschi ist es wirklich eine semantische Diskussion. Wenn es nach ihm ginge, hätte er das Wort „möglichst“ vor die 30 % gestellt.
- 3.1.8 Alexander Kaufmann stellt einen Ordnungsantrag auf Abstimmung.

Der Antrag von Nicole Hirt auf Streichung des Wortes „möglichst“ in Ziff. Art. 8 Abs. 1 wird mit 13 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

In der Schlussabstimmung ergeht mit 14 : 1 Stimmen folgender

4 Beschluss

4.1 Die Leistungsvereinbarung in der Fassung vom 20. Januar 2021 wird genehmigt.

**Vollzug:** KZL, SWG

SWG  
FV

8.7.0 / acs

## **Gemeindeversammlung vom 15. Juni 2021: Antrag auf Durchführung einer kommunalen Volksabstimmung und Verschiebung der Rechnungsgemeinde**

Vorlage: KZL/25.03.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage zusammen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Gestützt auf § 14 CorGeV 2 findet am 13. Juni 2021 anstelle der Rechnungsgemeinde eine kommunale Volksabstimmung statt. Die Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde der Stadt werden zu diesem Urnengang einberufen.

4.2 Folgende kommunalen Vorlagen kommen zur Abstimmung:

1. Gemeindeordnung: Anpassungen (Wahlbüro und Beglaubigung)

2. Schulordnung: Anpassungen (u.a. familienergänzende Kinderbetreuung, Organisatorisches und Formelles)

4.3 Die Rechnungsgemeinde vom 15. Juni 2021 mit der Jahresrechnung 2020 SWG und der Jahresrechnung 2020 der der Stadt Grenchen wird auf den 28. September 2021 verschoben.

**Vollzug:** KZL, Zentralwahlbüropräsident

Zentralwahlbüro (Präsident, 2 Vizepräsidentinnen)

GSL

SV

Kurt Boner, Projektleiter „Optimierung der familienergänzenden Kinderbetreuung“

FV

SWG

BD

0.1.2 / acs

## Motion Remo Bill (SP): Einsetzung eines Informatikbeirats: Einreichung

1 Mit Datum vom 6. April 2021 reicht Remo Bill (SP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

### Antrag

*Dem Gemeinderat ist ein konkreter Vorschlag für die Einsetzung eines Informatikbeirats nach § 59 Gemeindeordnung GO vorzulegen.*

### Begründung

*Der Gemeinderat kann gemäss Gemeindeordnung einen Informatikbeirat von drei bis fünf Personen wählen. 2006 wurde § 59 Abs. 5 in die Gemeindeordnung eingefügt und löste den Informatikausschuss ab:*

*§ 59 Abs. 5 Der Gemeinderat kann auf Vorschlag des Stadtpräsidenten oder der Stadtpräsidentin einen Informatikbeirat aus drei bis fünf Personen wählen, der in Fragen der Informationstechnologie beratende Funktion ausübt.*

*Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung beschleunigt. Sie fordert von uns allen ganz neue Herangehensweisen und Lösungen im beruflichen und gesellschaftlichen Miteinander. Ich denke an Home-Office, Videokonferenzen oder die Covid-App.*

*Der Digitalisierungs-Schub zeigt sich auch in der Stadt Grenchen: Projekte wie Homepage oder E-Gemeinderat sind zurzeit in Bearbeitung.*

*Die Informatik-Abteilung der Stadt Grenchen hat in verschiedener Hinsicht eine wichtige Vernetzungsaufgabe in der Stadtverwaltung:*

- *Alle Abteilungen sind mehr oder weniger betroffen von den gewählten Informatik-Lösungen.*
- *Entscheide können weitreichende Folgen haben (Investitionssumme wie auch dadurch, dass mehr oder weniger Aufwand in der Anwendung im Arbeitsalltag entsteht, und im Unterhalt).*
- *Die Bevölkerung wie auch der Gemeinderat sind betroffen von gefällten Entscheiden.*

*Die Digitalisierung bietet Chancen, stellt die Stadt Grenchen aber auch vor Herausforderungen. Dabei soll sie durch einen Informatikbeirat unterstützt werden.*

*Der Beirat für Informatik soll sich um die Vertretung fachlich-beruflicher Belange der verschiedenen Interessensgruppen innerhalb der Informatik kümmern.*

*Die heutige Informatikstelle der Stadt scheint mir fachkompetent und schlank organisiert. Andererseits ist sie mit drei Mitarbeitenden so klein, dass sie eine breitere Abstützung und zusätzliche Aussensicht unterstützen kann.*

*Die Informatikabteilung hat gerade in Zeiten der Pandemie viel Support geleistet. Daher ist es mir wichtig hier festzuhalten: Der Antrag ist nicht als fachliche Kritik an der Informatikabteilung zu verstehen, sondern als Ausdruck des Bedürfnisses nach mehr Sicherheit in der Abstützung von Weichenstellungen. Er soll unter anderem sicherstellen, dass die Arbeit und Projekte der Informatik mit vergleichbarer Transparenz und Konsequenz wie andere Vorhaben dargestellt, geprüft, und den Behörden vorgelegt werden.*

*Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Informatikbeirat und Forderungen nach mehr Transparenz einen gewissen Mehraufwand verursachen. Dies ist aber angesichts der Bedeutung der Informatik und im Vergleich mit anderen Abteilungen durchaus vertretbar.*

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

FV  
Informatik

0.5.5 / acs



## Motion Robert Gerber (FDP): Ein sauberes und sicheres Grenchen - jetzt! Einreichung

1 Mit Datum vom 6. April 2021 reicht Robert Gerber (FDP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

*Der Stadtpräsident wird beauftragt zeitnah Massnahmen für eine "Saubere und sichere Stadt Grenchen" zu ergreifen.*

Begründung:

*Seit einiger Zeit ist es kein Vergnügen mehr, durch die Stadt Grenchen zu gehen. Unrat aller Art wie Kehrriechsäcke, Möbel, Elektroschrott, Essensreste, Fastfood-Behälter und vieles andere mehr, befindet sich auf den Trottoirs, um Parkbänke und bei Bushaltestellen. Über die Wochenenden türmen sich zusätzlich die für die Abfuhr vom Montag vorgesehenen Kehrriechsäcke auf den Trottoirs und vor den Hauseingängen, insbesondere in der Innenstadt. Anlässlich eines Rundgangs durch die Stadt Grenchen über Ostern zeigten sich schlimme Bilder.*

*Die Folge dieser bedauerlichen Entwicklungen ist, dass zeigen Gespräche mit Einwohnerinnen und Einwohnern und entsprechende Äusserungen in den Sozialen Medien, dass sich viele Leute ärgern, nicht mehr wohl fühlen und auch das subjektive Sicherheitsgefühl darunter leidet.*

*So kann das nicht weitergehen. Es kann nicht sein, dass in unserer Stadt eine Entwicklung eintritt, wo sich die Leute unwohl und teils unsicher fühlen und grosse zusätzlichen Abfallmengen mit allgemeinen Steuermitteln weggeräumt werden müssen.*

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD  
Stapo  
SF

6.2 / acs

**Mitteilungen und Verschiedenes**

- 1 Bevölkerungszahl Stadt Grenchen per 31. März 2021**
- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger informiert, dass die Stadt die 18-Tausender Marke geknackt hat. Per 31. März 2021 wohnten in Grenchen 18'022 Einwohner.

# **Stadt Grenchen**

---

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 4*

*vom 06. April 2021*

*Beschluss Nr. 2753*

**VERTRAULICH**